

Naniwada, Haruo

Article

Staat und Wirtschaft. Das Grundproblem der Nationalökonomie als der Logik der bürgerlichen Gesellschaft

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

Provided in Cooperation with:

Duncker & Humblot, Berlin

Suggested Citation: Naniwada, Haruo (1955) : Staat und Wirtschaft. Das Grundproblem der Nationalökonomie als der Logik der bürgerlichen Gesellschaft, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 75, Iss. 2, pp. 1-39,
<https://doi.org/10.3790/schm.75.2.1>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290818>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Staat und Wirtschaft

Das Grundproblem der Nationalökonomie als der Logik der bürgerlichen Gesellschaft

Von

H a r u o N a n i w a d a - T o k y o

Inhaltsverzeichnis: Das Problem der Nationalökonomie S. 1 — I. Freie
Wirtschaft und Rechtsstaat S. 2 — II. Konjunktur und Konjunkturpolitik S. 9 —
III. Die chronische Depression und der politische Staat S. 18 — IV. Marxismus und
Leninismus S. 28 — V. Ausblick S. 35.

Das Problem der Nationalökonomie

§ 1. Nationalökonomie ist als die Logik der bürgerlichen Gesellschaft entstanden. Sie hat sich als solche entfaltet. Deshalb soll sie als die Logik der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet werden.

§ 2. Die bürgerliche Gesellschaft ist eine Seinsweise des menschlichen Zusammenlebens, welche ungefähr im 18. Jahrhundert in Westeuropa entstanden ist. Das vorherige menschliche Zusammenleben war von der Religion und besonders vom Staat bestimmt. Also ist es viel mehr als ein Staatsleben zu verstehen. Als aber innerhalb dieses Staatslebens die Wirtschaft entwickelt und die wirtschaftenden Bürger dadurch Macht bekommen hatten, wurde die Staatsregelung von außen her als Hindernis empfunden. Aber die Autonomie der Wirtschaft war nur durch den Kampf mit dem Staat oder der Regierung möglich. Die bürgerliche Gesellschaft erschien erst dadurch, daß diese Befreiung erzielt und das auf die bürgerliche Freiheit begründete Zusammenleben entstanden war.

§ 3. Die sogenannte bürgerliche Freiheit in der bürgerlichen Gesellschaft ist nicht allein auf die des wirtschaftlichen Lebens beschränkt. Sie erstreckt sich auf jeden Bereich des menschlichen Lebens. Das Wirtschaftsleben nimmt im Grunde nur eine Stellung des Mittels darin ein. Aber es ist eine *conditio sine qua non* des Lebens. Das ganze menschliche Leben gründet sich darauf. In der neu aufgekommenen Gesellschaft muß der Mensch deshalb sich zuerst um dieses

Wirtschaftsmittel bemühen, um sein Leben zu führen. Ein lebhafter Kampf ums Dasein ergibt sich demnach daraus. Auf diese Weise ist die Wirtschaft der bestimmende Faktor der bürgerlichen Gesellschaft geworden. Die bürgerliche Gesellschaft kommt nun der Wirtschaftsgesellschaft gleich oder mindestens ist sie eine auf der Wirtschaft beruhende Gesellschaft (das „ökonomische Zeitalter“).

§ 4. Der Staat war aber im letzten Grunde das Ordnungsprinzip des menschlichen Zusammenlebens gewesen. Nur darunter war es zur Ordnung gekommen. Das menschliche Zusammenleben hat also in diesem neuen Zeitalter seine Form verloren und ist nur als die bloße Materie übriggeblieben. Materie ohne Form! Wäre sie nicht ein verwirrendes Chaos? Kommt das Ordnungsprinzip des menschlichen Zusammenlebens aus dem Staat allein, der es von außen her regelt? Oder gibt es in dessen Materie oder in der Wirtschaft ein Ordnungsprinzip, welches unter der äußeren Regelung des Staates nicht wirken konnte?

§ 5. Nun ist aber die bürgerliche Gesellschaft unter der Hegemonie der Bürger, und zwar nicht *citoyenne*, sondern *bourgeoise* gestaltet worden. Der darin bestimmende Faktor ist die Wirtschaft. Die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft ist die Wirtschaftsgesellschaft, die von allen äußeren Regelungen befreit und dadurch autonom geworden ist. Kann man in dieser ökonomischen Gesellschaft den Logos oder die Gesetzmäßigkeit finden? Gibt es hier ein Ordnungsprinzip? Und wenn es so ist, was für eins? Auf diese Weise ist die Nationalökonomie notwendigerweise als die Logik der bürgerlichen Gesellschaft aufgetreten.

I. Freie Wirtschaft und Rechtsstaat

I.

§ 1. Die bürgerliche Gesellschaft ist im Grunde gesehen eine ökonomische Gesellschaft, die nichts anderes als das Ergebnis der zu- und gegeneinander wirkenden, frei wirtschaftenden Individuen ist. Ist dies ein *bellum omnium contra omnes* oder ein Gebilde mit einem eigenartigen Gestaltungsprinzip? Antwort auf diese Frage ist zuerst von der klassischen Schule gegeben worden. In diesem Zu- und Gegeneinander hat sie die Notwendigkeit der Harmonie gefunden und, um deren Beweis zu führen, hat sie die Arbeitswerttheorie ausgedacht.

§ 2. Die bürgerliche Gesellschaft ist eine Wechselwirkung aller ökonomischen Tätigkeiten. Wie ist der Beweis nun möglich, daß darin eine Harmonie vorhanden ist? Alle Individuen beschäftigen sich mit

ihren wirtschaftlichen, demnach produktiven Tätigkeiten, um dann deren Produkte auszutauschen. Die Wechselwirkung ist nichts anderes als diese Tauschverhältnisse, durch die allein die Sozialverhältnisse entstehen. Also ist die Harmonie der Gesellschaft, wenn sie wirklich vorhanden ist, nichts anderes als das Gleichgewicht in diesem Gütertausch. Wenn die Produkte aller Individuen miteinander so ausgetauscht werden, daß dadurch niemand gewinnt und niemand verliert, so entsteht hierin eine Harmonie.

Was für ein Austausch ist es, der niemandem sowohl Gewinn als auch Verlust bringt? Dieser Austausch kann offenbar nur derartig sein, daß jedermann sein Produkt nach seiner Arbeitsmühe, also nach seiner zu dessen Hervorbringung angelegten Arbeitsquantität untereinander austauscht. Wenn ein solcher Austausch ausgeführt wird, so befriedigt er beide Seiten der an ihm Beteiligten. Infolgedessen entsteht unter den produzierenden Bürgern die Harmonie oder das Gleichgewicht, wenn alle Produkte nach ihren Arbeitsquantitäten gegeneinander ausgetauscht werden, welche nötig sind, sie herzustellen. Die Arbeitswerttheorie bemühte sich auf solche Weise, die natürliche Ordnung in der wirtschaftlichen, also bürgerlichen Gesellschaft zu beweisen und zu erklären. So war sie eigentlich die Logik der bürgerlichen Gesellschaft, die den Logos in der Harmonie oder dem Gleichgewicht sah.

§ 3. Diese Schlußfolgerung kann aber nur dann richtig sein, wenn alle Glieder der Gesellschaft in irgendeinem Sinne Arbeiter wären, das heißt, mit Arbeitsmühe oder Arbeitsquantität Arbeitende. Wenn nicht, dann ist die Arbeitswerttheorie, welche das soziale Gleichgewicht durch den gleichen Austausch der gleichen Arbeitsmühen zu beweisen glaubte, selbstverständlich unsinnig. Aber im Zeitalter des anbrechenden Kapitalismus, besonders in England, war die Verwechslung der Berufe oder Beschäftigungen und der Arbeit allgemein. Wer sich mit irgendeinem Beruf beschäftigt, der arbeitet und ist deshalb Arbeiter in irgendeinem Sinne. So dachte man damals. Hinter der klassischen Nationalökonomie liegt ein solcher Gedanke der Gleichsetzung der Beschäftigung und der Arbeit.

Aber im Grunde genommen sind Beruf und labour, Beschäftigung und Arbeit nicht gleich. Mit dem Fortschritt des Kapitalismus ist dies immer deutlicher geworden. Es gibt viele Beschäftigungen, die nicht Arbeit im kapitalistischen Sinne sind. Kapitalist, Unternehmer, Landbesitzer und Arbeiter sind im Kapitalismus ganz verschiedene Kategorien. Die klassische Schule mußte deshalb nicht nur Arbeit, sondern auch Land und Kapital, also alle Produktionsfaktoren als den Bestimmungsgrund des Wertes anerkennen, obgleich sie die Arbeitswerttheorie weiter als die volle Wahrheit anerkannte. Ein

Schwanken zwischen der Arbeitswerttheorie und der Produktionskostentheorie kann man klar an J. S. Mill sehen.

Und dennoch, warum konnte die klassische Schule, trotz der vielen Ungenügsamkeiten, von der einfachen Arbeitswerttheorie wegkommen? Im letzten Grunde deshalb, weil man mit dieser Theorie allein das harmonische Bestehen der wirtschaftlichen und demnach der bürgerlichen Gesellschaft beweisen kann.

§ 4. Nach der klassischen Schule ist die Nationalökonomie in hohem Grade umgewandelt worden. Die Österreichische Schule erklärte den wirtschaftlichen Wert nicht durch die objektive Arbeitsquantität, sondern durch die subjektive Bedürfnisintensität. Dann kam die Lausanner Schule, die auf solche kausale Erklärung überhaupt verzichtete und die bloße funktionelle Beschreibung der wirtschaftlichen Erscheinungen behauptete. In Gegensatz zur klassischen Schule, der das wirtschaftliche Gleichgewicht als ein beweisbedürftiges Problem bewußt war, ist es doch bei der Österreichischen und der Lausanner Schule als eine selbstverständliche gesellschaftliche Grundlage gesehen worden. Hier war die freie Konkurrenz kein politisches Ziel, sondern ein bloßes Datum der Theorie.

II.

§ 1. Freie Konkurrenz bringt das Gleichgewicht, also ist es nötig, die freie Konkurrenz zu erhalten, um das Gleichgewicht zu erzielen. Dies war die Behauptung der klassischen Wirtschaftstheorie. Bei den nachfolgenden Wirtschaftswissenschaften ist die freie Konkurrenz als eine selbstverständliche Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft angesehen worden. Kann aber das Prinzip des *laissez faire* allein eine solche freie Konkurrenz zur Entstehung bringen, welche das ökonomische Gleichgewicht entstehen läßt? Oder bringt es nicht im Gegenteil eine Lage, welche *bellum omnium contra omnes* bedeutet? Ja, ohne Zweifel ist es so. Wirtschaftliche Freiheit aller Individuen kann nicht ein unbegrenztes *laissez faire* sein. Sie soll in einer bestimmten Grenze beschränkt bleiben. Eine solche beschränkte Freiheit allein bringt den *pax* und nicht das *bellum*.

§ 2: Dies kommt aber schon bei Adam Smith klar zum Ausdruck, obgleich oder richtiger weil er der Begründer des Liberalismus war und deshalb die Befreiung als eine erst zu lösende Aufgabe ansah. Er behauptete das „system of natural liberty“, vergaß aber dabei nicht eine Bedingung zu stellen, nämlich „as long as he does not violate the law of justice“. Jedermann möge frei sein Interesse vertreten, aber dabei solle er das Interesse anderer beachten und es nicht verletzen. Die „free competition“ solle immer im Geist des „fair play“

ausgeführt werden. Der „law of justice“ bedeutet hier nichts anderes als die Bedingungen, unter denen freie Individuen friedlich nebeneinander bestehen sollen. Nach Smith kann die Gesellschaft nur auf der Grundlage dieser Gerechtigkeit bestehen. Er behauptete sogar einmal, daß diese Gerechtigkeit ein Grundpfeiler sei, auf den das gesamte Gebäude der Gesellschaft sich stütze.

§ 3. Kant, der als moralischer Rigorist im Gegensatz zu Adam Smith stand, entfaltete aber in diesem Punkte merkwürdigerweise ganz gleiche Ansichten wie dieser. Der Mensch müsse einerseits in den sozialen Zusammenhang einbegriffen sein; andererseits aber bestrebe er sich im Interesse seiner selbst. Die „ungesellige Geselligkeit“ sei sein ursprüngliches Wesen. Wegen dieser Ungeselligkeit (egoistischen Neigung) begegne er im sozialen Zusammenhang immer dem Widerstand des anderen und deshalb strebe er gerade wegen dieses Widerstandes mit seiner ganzen Fähigkeit. Also, Befreiung von dieser Ungeselligkeit sei die Triebfeder der Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft. Dennoch solle diese größtmögliche Freiheit aller Menschen untereinander friedlich nebenbei bestehen und deswegen ihre Grenze genau bestimmt und eingehalten werden. „Das Recht“ ist nach ihm „der Inbegriff der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des anderen zusammen vereinigt werden kann“.

§ 4. Das Gleichgewicht der Wirtschafterscheinungen oder die Harmonie der bürgerlichen Gesellschaft kann die rechtliche Ordnung nicht entbehren. Die „*economia pura*“ ist schon als Gedankenbild undenkbar. „*Pure economics*“ baute sein System auf „den keinen Beweis nötigen, nicht verneinbaren Tatsachen“ auf (Schumpeter). Diese selbstverständlichen Tatsachen sind folgende: erstens, daß alle Wirtschaftssubjekte bestimmte ökonomische Quantitäten haben; zweitens, daß diese ökonomischen Quantitäten miteinander ausgetauscht werden; und drittens, daß dabei zu einer gegebenen Größe einer ökonomischen Quantität nur eine gegebene Größe der anderen gehört. Sind diese Tatsachen aber selbstverständlich? Bedürfen sie keiner Erklärung? Nein, sie bestehen nur unter den folgenden Bedingungen.

Erstens: um die oben erwähnte einfachste reine Wirtschaft als ein System zu erhalten, muß die selbstsüchtige Tätigkeit aller Wirtschaftssubjekte als ihr Recht bestätigt werden (Feststellung der „Person“ als des Rechtssubjektes).

Zweitens: auf diesem Grunde müssen die bestimmten ökonomischen Quantitäten des Besitzenden als „das Eigene“ festgestellt werden, das heißt, im Falle der drohenden Verletzung von außen her ist es nötig, vor dieser Verletzung wirksam und erfolgreich verteidigt zu werden (Feststellung des „Eigentums“).

Drittens: beim Austausch dieser ökonomischen Quantitäten soll es eine Gleichheit, und zwar eine solche „arithmetische“ Gleichheit geben, daß zu einer gegebenen Größe nur eine dem Wert gleiche Größe der anderen gehört. Auf welche Weise dieser Wert bemessen wird, durch die Arbeitsquantität oder durch den Nutzen, das soll hier nicht erörtert werden. Aber im ganzen genommen, der Austausch soll unter dem Prinzip der arithmetischen Gleichheit vorgenommen werden (Feststellung der Gleichheit des Austausches).

Viertens: ein solcherweise ausgeführtes Versprechen des Austausches soll immer erfüllt werden. Wenn es einmal gebrochen wird, soll die Entschädigung nach dem Gleichheitsprinzip ausgeführt werden. *Pacta sunt servanda* (Bestätigung der Erfüllung des Versprechens).

Um die Tauschwirtschaft oder die Wirtschaftsgesellschaft als die Wechselwirkung der freien Wirtschaftsindividuen aufrecht zu erhalten, sind wenigstens die oben genannten vier Bedingungen nötig. Aber wer ist es, der die Person als Rechtssubjekt anerkennt, ihr Eigentum bestätigt und die Tauschgleichheit und die Erfüllung des Versprechens sichert? Es kann nicht die Wirtschaft, sondern nur eine äußere Ordnung gegen die Wirtschaft, nämlich das Recht sein.

§ 5. Wirtschaft benötigt solcherweise nach ihrer inneren Notwendigkeit das Recht außer ihr selbst. Ursprünglich ist die bürgerliche Gesellschaft durch die Befreiung der Wirtschaft vom Staat entstanden. Sie ist das Ergebnis der Befreiung der fortschreitenden Wirtschaft vom Staat in Gestalt der „Herrschaft des Menschen“. Nun erfordert aber die auf solche Weise entstandene bürgerliche Gesellschaft von seiner inneren Notwendigkeit her die „Herrschaft des Rechts“.

III.

§ 1. Das Recht ist zwar die Antithese der bürgerlichen Gesellschaft, aber dennoch das, was sie selbst gefordert und eingeführt hat. Die befreiten Bürger erkennen die Herrschaft des Monarchen und des Bürokraten nicht an. Sie erlauben für die Sicherung ihrer freien Wirtschaftstätigkeiten nur die Herrschaft des Rechts, und zwar nicht des vom Monarchen oder Bürokraten gesetzten Rechts, sondern des von ihnen selbst gesetzten Rechts. Sie wollen das sie selbst regelnde Recht mit ihrer eigenen Hand schaffen. In diesem Falle allein wird ihre einst erworbene Freiheit gesichert. Die Verknüpfung der bürgerlichen Gesellschaft und der Demokratie ist solcherweise notwendig. Der Zweck der Demokratie ist, das *bellum omnium contra omnes* zu vermeiden und die freie Konkurrenz zu sichern, also im letzten Grunde ihren eigenen Besitz oder ihr Eigentum festzuhalten,

und ihr Verfahren ist, von ihrer eigenen Hand das Recht als den Inbegriff der Bedingungen der freien Konkurrenz zu bestimmen und unter „fair play“ zu erhalten.

§ 2. Wenn die bürgerliche Gesellschaft auf solche Weise das Recht als ihre Selbstbestimmung besitzt, ist sie schon der Staat. Hier ist der Staat also nichts anderes als das Recht. Als „ordo ordinans“ ist es der Staat und als „ordo ordinatus“ ist es das Recht (Kelsen). Der Staat in diesem Stadium ist folglich der Rechtsstaat.

Natürlich ist der Staat eine „Zwangsanstalt“, die das Recht in der bürgerlichen Gesellschaft zur Geltung bringt. Aber dieser Staat ist nicht der der bürgerlichen Gesellschaft vollständig transzendente Staat, der das Recht irgendwoher bekommt und es in die bürgerliche Gesellschaft hineinbringt. Die Logik schreitet im Gegenteil von der bürgerlichen Gesellschaft zum Recht und von diesem zum Staat fort. Natürlich ist dies nicht als *questio facti*, sondern *questio juris* anzusehen und zudem in diesem Stadium.

§ 3. Ursprünglich ist das Wort „Rechtsstaat“ „spezifisch deutsch“ (L. von Stein). Aber im deutschen Sinne bedeutet der Rechtsstaat öfters die Herrschaft des transzendentalen Rechts. Der Rechtsstaat, den die bürgerliche Gesellschaft als ihre Antithese setzte, ist vielmehr der sogenannte „bürgerliche Rechtsstaat“ (C. Schmitt), und deshalb kann man ihn charakteristisch in England im 19. Jahrhundert finden. Hier war ein Staat, worin alle Menschen unter der Herrschaft nicht des „my will“, sondern unter dem „rule of law“ (Dicey) standen. Siehe auch Amerika! Viele große und kleine Interessen bilden zusammengefügt den zivilisierten Staat. Der Zweck der Gesetzgebung ist, diese verschiedenen, gegeneinander stoßenden Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Konkurrenz zwischen diesen Interessen kann doch durch moralische oder religiöse Motive nicht beseitigt werden. Dies war der Kommentar von James Madison, des „Vaters“ der Verfassung dieses Staates.

Das Recht ist, wie hier klar geworden ist, nichts anderes als die Bedingungen, unter denen die Wirtschaftstätigkeiten einander nicht schädigen. Die Aufgabe des Rechtsstaates ist „Interessenausgleich“. Der Rechtsstaat ist also nur eine „co-ordinating power“, er soll nicht ins innere Privatleben der Individuen eingreifen, sondern nur die Berührungfläche zwischen ihnen behandeln. Innerhalb dieser Schranke dürfen alle Individuen ganz frei handeln, wie sie wollen. Und dabei hat der Rechtsstaat die Absicht, den Durchmesser dieser Schranke, worin sie frei handeln dürfen, möglichst zu verlängern.

§ 4. Das Recht als die Selbstbeschränkung der bürgerlichen Gesellschaft soll unter der Teilnahme aller Bürger „gesetzt“ werden. Also sollte der Rechtsstaat eigentlich als sein politisches System die unmit-

telbare Demokratie annehmen. Aber er hat bereits mit der ihn begründenden Wirtschaftsgesellschaft einen so großen Bereich, daß die mittelbare Demokratie oder der Parlamentarismus unumgänglich ist. Das, was über allen „supreme“ heißt, ist also nichts anderes als das „regular law“, das durch das Parlament gesetzt ist. Also ist der Rechtsstaat ein „Gesetzgebungsstaat“.

Auf diese Weise ist der Parlamentarismus notwendigerweise das passende Attribut der bürgerlichen Gesellschaft, die auf dem Grund des Liberalismus und Individualismus fußt. Er hat also die folgenden drei Voraussetzungen:

Als erste: das Prinzip des Mehrheitsbeschlusses (oder der Herrschaft der Zahl). Alle Menschen stehen in ihren wirtschaftlichen Tauschverhältnissen ganz gleich gegeneinander. So ist die bürgerliche Gesellschaft als eine „homogeneous society“ aufgetreten. Alle Menschen werden hier gleichwertig gerechnet, nicht bewertet. Sowohl bei der Wahl des Parlaments als auch beim Beschluß im Parlament herrscht die Zahl.

Als zweite: das Prinzip der „libre discussion“ oder das Prinzip der Öffentlichkeit. Die Verhandlung im Parlament soll vor der Öffentlichkeit durch die freie Diskussion ausgeführt werden. Dann kann trotz der willkürlichen Debatten ein jedem günstiges, harmonisches Ergebnis dadurch entstehen, daß alle Meinungen, die alle verschiedenen, gegeneinander streitenden Interessen in der Gesellschaft vertreten, genug diskutiert werden. Also kann man hierin einen vollkommenen Widerschein des Glaubens der prästabilierten Harmonie sehen.

Als dritte: das Prinzip der „representation“. Im Rechtsstaat, der seinem Wesen nach nichts anderes als die bürgerliche Gesellschaft ist, liegt die Souveränität in der Hand der Bürger als einer Gesamtheit (die sogenannte Volkssouveränität). Das Parlament vertritt diese Bürger als eine Gesamtheit, das Volk. Es übt für dasselbe die Souveränität aus. Alle Abgeordneten sind infolgedessen „die Vertreter des ganzen Volkes“, sollen nur ihrem inneren Gewissen allein gehorchen und nicht an äußere Bestimmungen gebunden sein, wie die Weimarer Verfassung sagt. Sie sollen also nicht nur von allen Menschen, von denen sie gewählt werden, sondern auch von allen anderen Interessenvereinigungen und von allen Gesellschaftsklassen unabhängig sein. Fände das „mandat impératif“ bei der Ständeversammlung hier Platz, so ist er schon kein Vertreter des Volkes mehr.

Wenn das Prinzip der Repräsentation ein solches ist, so wird der Volksvertreter, sobald er gewählt wird, ein Handhabender der „volonté générale“, von jedem besonderen Willen der ihn Wählenden isoliert. Dies ist aber nur dann möglich, wenn es ein allgemeines Ganzes, nämlich die Antithese der bürgerlichen Gesellschaft gibt. Die Bürger als

eine Gesamtheit, die das Parlament vertritt, sind schon in Wahrheit nicht bourgeois, sondern ihr Gegensatz: die citoyens. Eine volonté générale können nur diese Staatsbürger bilden. Sie allein können das Volk sein. Infolgedessen kann der Parlamentarismus nicht umhin, inkonsequent zu sein. Wenn er konsequent an sich selbst sein wollte, so wäre er unvermeidlich in seinen Gegensatz umzuwandeln. Deshalb konnte das Parlament, durch parlamentarisches Verfahren, also mit legalen Mitteln, zum Beispiel durch das „Ermächtigungsgesetz“, den Parlamentarismus verneinen.

§ 5. Der Rechtsstaat ist aber eigentlich die bürgerliche Gesellschaft, worin die einzelnen Bürger der Herr sind. Sie sind alle egozentrisch und sehen sich selbst allein als absolut an. Deshalb können sie nicht innerlich an das Parlament glauben.

Aus diesem Grunde haben die Bürger einerseits die Rechtssuprematie, oder richtiger, die Suprematie des Parlaments oder der Gesetzgebung anerkannt, aber dennoch andererseits neben dem Parlament, um es zu hindern, daß es sich zu einem von der bürgerlichen Gesellschaft unabhängigen, absoluten Sein erhöht, das das Recht Ausübende und das nach dem Recht Richtende aufgestellt (die „séparation des pouvoirs“: Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege). Nichtsdestoweniger ist aber die Grundlage des Rechtsstaates die bürgerliche Gesellschaft. Also kann zwischen den drei Gewalten das Verhältnis der Gleichheit nicht bestehen. Die gesetzgebende Gewalt soll suprem, die zwei anderen sollen untertänig sein. Die Verwaltung soll deshalb unter der parlamentarischen Regierung ausgeübt werden. Nicht nur logisch, sondern auch geschichtlich ist es eine allgemeine Erscheinung geworden, daß die die Mehrheit erhaltende Partei die Regierung bildet. Dies ist eben die Verwaltungsform, welche prinzipiell der bürgerlichen Gesellschaft entgegensteht.

§ 6. Die Zeit fließt aber weiter. Der Staat konnte nicht mehr Rechtsstaat bleiben, der seinem Wesen nach im laissez faire seinen Grundsatz fand. Aber warum? Gerade durch die Wandlung der Wirtschaft, die die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft bildet.

II. Konjunktur und Konjunkturpolitik

I.

§ 1. Die Nationalökonomie lehrte bis jetzt, daß die Wirtschaft immer im Gleichgewichtszustand stehen bleibe. Ihre Entwicklung müsse auch eine den Gleichgewichtszustand erhaltende sein. Natürlich geschehen in Wirklichkeit viele Unterbrechungen der geradlinigen Entwicklung. Aber sie sind keine anderen Ereignisse als die, welche

von den außenwirtschaftlichen Ereignissen wie Kriege, Mißernten, Epidemien usw. verursacht sind. Also werden sie nur für Ausnahmen gehalten.

Aber es ist allmählich ersichtlich geworden, daß es in Wirklichkeit anders ist. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit sind viele Krisen entstanden, die nicht solche Unterbrechungen sind, sondern nur als eine Phase der periodisch wiederkehrenden wirtschaftlichen Wellenbewegungen betrachtet werden können. Auf diese Weise hat sich die Wirtschaft in Wellenform entwickelt, und zwar mit einer Periodizität von ungefähr sieben bis elf Jahren. Und fernerhin hat solche Entwicklung bis zum ersten Weltkriege ein Jahrhundert lang gedauert. So ist es ganz unmöglich, solche Erscheinungen als außerökonomische Zufälligkeiten zu erklären. Sie müssen innerhalb der Wirtschaft selbst ihre genügende Ursache haben.

Aus diesem Grunde wurde die Erklärung der wirtschaftlichen Wellenbewegungen beziehungsweise der die Krisen als Teil in sich enthaltenden Konjunkturschwankungen erforderlich.

§ 2. Die Konjunkturwellen waren für die Ansicht der bisherigen Theorie sehr ungünstige Erscheinungen, die glaubte und behauptete, daß sich die Wirtschaft im Gleichgewichtszustand entwickeln müßte, wenn es keine äußeren Störungen gäbe. Dennoch konnte man diese Theorie nicht aufgeben. So ist hier die „Dynamik“ im Gegensatz zur „Statik“ gedacht. Das wirtschaftliche Gleichgewicht sei nichts anderes als die durch das Gedankenexperiment gebildete „reine Wirtschaft“ wie das durch das Experiment hergestellte Vakuum. Es sei die am stärksten abstrahierte, also am weitesten von der Wirklichkeit entfernte Wirtschaft. Die Statik bedeute diese reine Wirtschaft schlechthin oder die Theorie darüber. Die Wissenschaft solle aber nicht hier stehen bleiben. Durch die „Approximationsmethode“ sollen die einmal ausgeschalteten Faktoren wieder hereingenommen und die Wirklichkeitsnähe wiederhergestellt werden. Hier sei die Dynamik da. Das Wesen der Konjunktur müsse gerade durch diese Dynamik erkannt werden. Die Statik und die Dynamik seien nichts mehr als „die zwei verschiedenen Abstraktionsgrade desselben Erkenntnisgegenstandes“ (Streller). Durch diese Schlußfolgerung wird der Kernpunkt der Konjunkturtheorie in der folgenden Frage gesucht: Kann man die Notwendigkeit der Konjunkturschwankungen dadurch erklären, daß man irgendeinen Faktor in jene reine Wirtschaft einsetzt?

II.

§ 1. Die Konjunktur erscheint vor allem als die Wellenbewegung der Preise, welche trotz des Zeitabstandes und einiger Ausnahmen prinzipiell im gleichen Schritt gehen. Da nun aber der Preis der in

Geldeinheiten ausgedrückte Wert ist, ist die zyklische Bewegung der Preise ohne den Wechsel der Vermehrung und Verminderung der Geldmenge unmöglich. Aus diesem Grunde ist die Vermehrung und Verminderung der Geldmenge die *conditio sine qua non* der Konjunkturschwankung. Ohne jene gäbe es auch diese nicht. Von diesem Punkte aus ist die monetäre Theorie bestrebt, die Konjunkturerscheinung zu erklären.

§ 2. Wie ist nun die Veränderung der Geldquantität möglich? Im entwickelten Kreditwesen ist die Veränderung der umlaufenden Geldquantität durch die Wirkung des Bankkredites möglich. Wenn also das Auf und Ab der Konjunktur von der Vermehrung und Verminderung des Kredites veranlaßt wird, so handelt es sich nun darum, zu untersuchen, was diese Veränderung der Kreditgewährung verursacht?

Die Kreditvermehrung und -verminderung entsteht selbstverständlich nur da, wo die Gewinnchancen in Erscheinung treten und demnach viele Unternehmer ihre Produktionstätigkeit vergrößern wollen. Nun sind der von einer Kapitalmenge eingenommene Kapitalzins und der für die Kreditgewährung der Bank bezahlte Geldzins regelmäßig übereinstimmend und deshalb gibt es kein besonderes Residuum, d. h. keinen Gewinn. Wenn aber irgendeine Ursache diesen Gleichgewichtszustand verlieren und eine Differenz zwischen den beiden Zinsfüßen entstehen läßt, so erscheint hier eine Gewinnchance: Die Unternehmertätigkeit wird dann lebhafter; der Bankkredit wird größer und die Preise erhöhen sich, kurz, wir sehen den Aufschwung der Konjunktur.

§ 3. Nun kommt die Frage, wie der Abstand zwischen dem Kapitalzins und dem Geldzins entsteht. Die erste Antwort auf diese Frage sah die Ursache des Abstandes auf der Seite des Kapitalzinses (Wicksell). Allgemein gesprochen, die Bank erhöht ihren Darlehnszins, wenn sie von einem Mangel an Zahlungsreserven bedroht wird, und erniedrigt ihn, wenn sich die Reserve vermehrt. Ihre Haltung ist deshalb immer passiv. Die positive Differenz zwischen dem Geld- oder Darlehnszinsfuß und dem Kapitalzinsfuß wird nur durch Erhöhung des letzteren veranlaßt dank der „technischen und kommerziellen Fortschritte“, die ihrer Natur nach „nicht eine ebenso gleichmäßig fortschreitende Serie aufweisen“.

§ 4. Diese Erklärung findet die Ursache der Differenz zwischen den beiden Zinssätzen und damit die der Konjunktur im letzten Grunde in irgendeiner Zufälligkeit, wie der Erfindung einer neuen Technik oder der Entdeckung eines neuen Marktes. Aber darüber hinaus sind solche äußeren Stimuli in der neueren Wirtschaftsentwicklung immer schwächer und demnach die Depression dauernd geworden. Infolgedessen ist eine andere monetäre Theorie aufgekommen (Mises). Wenn die Depression andauert, dann wird die Forderung des niedrige-

ren Zinseszins entstehen und immer stärker werden. Die herrschende Ideologie des Geschäftsmannes und des Wirtschaftspolitikers sieht „in der Ermäßigung des Zinsfußes ein wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik“. Aber was ist das Ende dieser „inflationistischen“ Maßnahme? Trotz des Stehenbleibens des Kapitalzinses wird der Geldzins niedriger. So entsteht eine Gewinnchance und der Aufschwung beginnt. Aber die dadurch veranlaßte Hochkonjunktur kann selbstverständlich nicht andauern. Die Geschichte zeigt, daß diese Maßnahme immer einen schweren Mißerfolg nach sich zieht. Aber „ungeachtet dieses offenkundigen Mißerfolgs“ erscheint immer wieder dieselbe inflationistische Forderung, wenn die Depression andauert. Auf diese Weise ist die Wiederkehr und die Periodizität der Konjunktur „auf das Vorrühren einer Ideologie zurückzuführen, die in niedrigem Stand des Zinsfußes ein Ziel der Wirtschaftspolitik erblickt“.

§ 5. Die monetäre Theorie ist, wie oben gezeigt, von der Theorie, die behauptet, daß das Kreditwesen nur passiv funktioniert und deshalb die Veränderung der Kreditgewährung nur von außen her verursacht wird, zur Theorie, die erklärt, daß das Kreditwesen mit der positiven Haltung Geldvermehrung und -verminderung wechseln läßt, übergegangen. Beide sind sich aber darin einig, daß die Notwendigkeit der Konjunktur durch das Dasein des entwickelten Kreditwesens erklärt werden soll. Und diese Erklärung ist insoweit anzuerkennen, als sie im modernen Kreditwesen die *conditio sine qua non* der Konjunktur sieht.

III.

§ 1. Wenn man aber die vor allem als zyklische Preisbewegung betrachtete Konjunktur noch aufmerksamer ansieht, so findet man in dieser Preisbewegung einige Disproportionalitäten, und zwar zuerst die Disproportionalität der Preise zwischen den Produktionsgütern und den Konsumtionsgütern. Durch diese bis zum ersten Weltkrieg allgemein anerkannte Tatsache ist die Wiederkehr der Konjunkturzyklen sehr leicht zu erklären (Lescure). In der Depressionszeit können alle Unternehmungen die Produktionsgüter zu einem verhältnismäßig niedrigen Preise kaufen und die damit hergestellten Konsumtionsgüter zu einem relativ hohen Preise verkaufen. Deshalb können sie einen Gewinn erzielen und dadurch beginnt der Aufschwung. Dann aber, in der Hochkonjunktur, müssen alle Unternehmungen mit höheren Kosten produzieren und zu relativ niedrigeren Preisen verkaufen. Der Gewinn verschwindet und der Verlust erscheint. Die Unternehmungstätigkeiten müssen gedrückt sein. Der Umschwung und danach der Niedergang beginnt selbstverständlich.

§ 3. Aber in diesem Falle ist es nötig, die folgende Frage zu beantworten: Warum gibt es zwischen den Preisen der Produktionsgüter und denen der Konsumtionsgüter nicht ein Gleichgewicht, sondern eine solche Disproportionalität? Der Grund liegt darin, daß die Produktion infolge des modernen technischen Fortschrittes auf Umwegen mit den großartigsten Einrichtungen ausgeführt werden muß. Vorausgesetzt nun, daß der Aufschwung von irgendeiner Ursache ausgeht: Alle Unternehmungen müssen dann ihre Produktion vermehren und dazu die Produktionseinrichtungen vergrößern. So entsteht die heftige Nachfrage nach den zur Vergrößerung dieser Einrichtungen nötigen Produktionsgüter, insbesondere nach Stahl und Eisen. Aber bei der Vermehrung der Stahl- und Eisenproduktion muß mit der Neugestaltung des Schmelzofens angefangen werden. Bis zur Übereinstimmung des Angebots und der Nachfrage braucht es lange Zeit. Da in dieser Zeit wenige Produktionsgüter wetteifernd benötigt werden, müssen ihre Preise unverhältnismäßig steigen. Andererseits muß der Produktionszweig der Produktionsgüter für diesen ungewöhnlichen Bedarf seine Produktionseinrichtungen vergrößern. Aber da diese Einrichtungen bei den modernen technischen Fortschritten gewöhnlich eine große Kapitalanlage verlangen und eine lange Dauerhaftigkeit besitzen, ist es unmöglich, sie außer Betrieb zu setzen, um einen größeren Verlust zu vermeiden. Sie müssen in Gang erhalten bleiben, obgleich schon wegen der heftigen Steigerung der Preise der damit herzustellenden Produktionsgüter die Nachfrage danach sich stark vermindert. Infolgedessen ist die Überproduktion dieser Produktionsgüter notwendig. Ihre heftige Preissenkung ist unvermeidlich.

§ 4. Die Tatsache, daß die Preissteigerung und -senkung der Produktionsgüter unverhältnismäßig stärker als die der Konsumtionsgüter ist und daß dabei eine Periodizität auftritt, ist auf solche Weise mit der Eigentümlichkeit der modernen technischen Produktion erklärt, welche in der Großartigkeit und der Dauerhaftigkeit ihrer Einrichtungen ihren Grund findet. Mit der Entwicklung der modernen Produktionstechnik ist es unvermeidlich geworden, daß die Überproduktion in bezug auf die Produktionsgüter periodisch erscheint. Die von der bisherigen Theorie nicht geahnte Notwendigkeit der wirtschaftlichen Wellenbewegung ist in Erscheinung getreten. Diese Tatsache ist auch geschichtlich bestätigt.

IV.

§ 1. In der Wellenbewegung der Preise als der auffallendsten Konjunkturerscheinung hat man dann aber eine andere Disproportionalität gefunden, nämlich die zwischen den Konsumtionsgüterpreisen und

den Arbeitslöhnen (den Preisen der Arbeitskräfte). Auf Grund dieser positiv anerkannten Tatsache wurde die Unterkonsumtionstheorie entwickelt.

§ 2. In der Aufschwungsperiode der Konjunktur steigen alle Preise. Aber die Preise der Arbeitsleistungen und die Preise der Produkte bewegen sich nicht in demselben Tempo aufwärts. Die Steigerung der Arbeitslöhne bleibt immer zurück im Vergleich mit den Warenpreisen überhaupt. Infolgedessen steigt das Einkommen der Masse immer nachfolgend und demnach kann nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Konsumgüter gekauft werden. Andererseits vermehrt sich das Einkommen des Unternehmers ungleichmäßig, welches aber gewöhnlich akkumuliert und als Kapital zur Ausdehnung der Produktion angelegt wird. Weil aber das, was die Produktion kauft, die Konsumtion ist, muß diejenige Produktionsausdehnung, welche nicht durch eine Vermehrung der Masseneinkommen begleitet wird, durch Mangel an Nachfrage leiden. Also muß der Aufstieg der Konjunktur sich in den Niedergang umwandeln. Die Krise ist nichts anderes als dieser Umschwung.

Nach der Krise kommt der Niedergang, worin die gegensätzlichen Erscheinungen auftreten. Alle Preise sinken, aber nicht gleichmäßig. Gewöhnlich sinken die Unternehmereinkommen rascher als die Arbeitseinkommen. Die Wiederbelebung der Konjunktur beginnt deshalb mit dieser Vermehrung der relativen Verbrauchskräfte der Massen.

§ 3. Warum bleibt die Steigerung der Arbeitslöhne nun gewöhnlich hinter der Steigerung der Warenpreise zurück? Eben „weil die Arbeiter nicht imstande sind, die Einschränkung des Angebots so weit zu treiben, um eine entsprechende Lohnerhöhung zu erzwingen“ (Lederer).

§ 4. In der modernen wirtschaftlichen Wirklichkeit besteht die Tatsache der unverhältnismäßigen Einkommensverteilung zwischen den Kapitalisten und den Arbeitern. Insoweit diese Tatsache wirklich besteht, ist die Disproportionalität zwischen den Warenpreisen und den Arbeitslöhnen notwendig und deshalb auch die zyklische Wiederkehr der Konjunktur. Diese Behauptung der Unterkonsumtionstheorie ist anzuerkennen.

V.

§ 1. Die oben genannten Konjunkturtheorien erklären alle die Konjunkturerscheinungen je durch irgendeine Disproportionalität in der Wirtschaft. Aber theoretisch ist diese Erklärung falsch, weil sie die Hochkonjunktur durch die Depression, die Depression durch die Hochkonjunktur erklärt und deshalb in den Fehler des circulus in

probando gerät. Also ist das Grundproblem der Konjunkturtheorie oder allgemeiner der Dynamik vor allem das: warum das stationäre Gleichgewicht gebrochen werden muß oder was der erste Anlaß dazu ist.

§ 2. Die stationäre Wirtschaft zirkuliert immer in demselben Zustand. Hier wiederholt sich die Produktion als die Kombination von Boden und Arbeit und die Verteilung als die Zurechnung der sozialen Produkte zu Boden und Arbeit beständig ohne Veränderung. Wenn es sich also ereignet, diesen Wiederholungsprozeß zu brechen, muß die Ursache dazu im Bereich der Produktion oder der Verteilung liegen. Aber in der kapitalistischen Wirtschaft liegt der erste Anstoß dazu immer im Bereich der Produktion. Von der Produktion her beginnt die Veränderung der Wirtschaft.

Weil aber die Produktion die Kombination der Produktionskräfte ist, ist die Veränderung der Produktion nichts anderes als die der Kombinationsweise, kurz gesagt, „die neue Kombination“ (Schumpeter). Erst wenn man die Kombinationsweise der Produktionsmittel verändert und die Produktionsmittel in die „Andersverwendung“ führt, wird der statische Kreislauf der Wirtschaft gebrochen und es erscheint nun die Veränderung oder, genauer gesagt, die Entwicklung. Gerade der, welcher diese neue Kombination ausführt, ist der Unternehmer im eigentlichen Sinne. Die Wirtschaft gerät erst durch die Tätigkeit dieses Unternehmers aus der bisherigen zyklischen Bahn in die der Entwicklung.

Der Unternehmer führt natürlich diese neue Kombination aus, um dadurch einen Gewinn zu erzielen, den die bisherige Kombinationsweise nicht geben kann. Wenn aber die Tatsache, daß diese neue Kombination einen Gewinn geben kann, zur allgemeinen Kenntnis kommt, beginnen andere Unternehmer diese neue Kombination nachzuahmen. Deshalb erscheint diese neue Kombination immer „scharenweise“. Wenn aber nach einiger Zeit die Produkte der neuen Kombination auf dem Markt aufzutreten beginnen, muß die Preissenkung selbstverständlich erscheinen, die die Hochkonjunktur zu Ende bringt und unvermeidlich den Niedergang zur Folge hat. Der Umschwung ist also darum notwendig, weil die neue Kombination scharenweise auftritt.

Aber das auf diese Weise durch das scharenweise Auftreten der neuen Kombination zerstörte Gleichgewicht erscheint auf einem neuen Niveau wieder, wenn diese Kombination nach einiger Zeit verallgemeinert und nicht mehr als neu angesehen wird. Gerade der Prozeß zu diesem neuen Gleichgewicht ist die Depression.

§ 3. „Die treibende Kraft in der modernen kapitalistischen Wirtschaft ist der kapitalistische Unternehmer und nur er.“ Durch diese schöpferische Kraft ist die erstaunlich schnelle Entwicklung in dieser

Zeit verursacht worden. Die Konjunktur ist nichts anderes als die Erscheinungsform dieser wirtschaftlichen Entwicklung. Die Wirtschaft müßte eigentlich in einem Gleichgewichtszustand fortbestehen. Aber in der wirklichen kapitalistischen Wirtschaft befindet sich ein Faktor, nämlich die in der reinen Wirtschaft außer acht gelassene Unternehmertätigkeit. Deswegen entwickelt sich die Wirtschaft notwendig wellenförmig. Diese Behauptung ist ebenfalls anzuerkennen.

VI.

§ 1. Die Wirtschaft bleibt nicht im Gleichgewichtszustand stehen, sondern entwickelt sich notwendig in Wellenform. Der Grund hierfür liegt, wie bereits gezeigt, in einigen charakteristischen Tatsachen, welche in der reinen Wirtschaft als dem Gegenstand der Statik abstrahiert, aber in der Dynamik wieder hereingenommen werden sollen. Die Wellenbewegung der Wirtschaft ist solcherweise durch die Einführung jener Tatsachen erklärt. Also ist die bisherige Theorie nicht aufgegeben, sondern es besteht nur eine neue dynamische Theorie daneben als Ergänzung.

§ 2. Was sind nun aber die eigentümlichen Tatsachen in der wirklichen oder modernen Wirtschaft? Wie schon gezeigt, die erste Auffassung findet diese Tatsache im entwickelten Kreditwesen, welches die Umlaufsquantität des Geldes willkürlich vermehren kann; die zweite im technischen Fortschritt, wodurch bei der wirtschaftlichen Produktion die großartigste Einrichtung erforderlich ist; die dritte in der ungerechten Einkommensverteilung, die dem Arbeiter zum Nachteil ist; die vierte in der Unternehmertätigkeit, die die alleinige schöpferische Kraft in der modernen Wirtschaft ist. Alle diese Tatsachen sind geschichtlich bestätigt und theoretisch genügend, die Konjunkturercheinung zu erklären. Jede Theorie baute je auf einer dieser Tatsachen auf. Jedoch vernachlässigt sie natürlich nicht die anderen Tatsachen. Bei der wirklichen Erklärung zog sie wohl die anderen Faktoren in Betracht, erkannte aber nur die eine davon als das Wesentliche an. Deshalb verneint die Konjunkturlehre, die die empirische Stellung achtet, die kausale Erklärung der Konjunktur. Sie stellt nicht das Problem: Was ist die Ursache der Konjunktur? Wie die Werttheorie von der Kausalerklärung zur Funktionalbeschreibung übergegangen ist, so behauptet auch die empirische Konjunkturlehre, daß die Konjunkturzyklen nichts anderes als das Ergebnis der Disproportionalitäten zwischen allen Wirtschaftsfaktoren sind. Alle ungleichmäßigen Bewegungen aller Wirtschaftsfaktoren verflochten sich zu der Konjunkturschwankung. Welcher Faktor darunter die Ursache aller übrigen Faktoren ist, das kann man nie sagen. Zwischen ihnen besteht

nur eine Wechselwirkung. Die Konjunktur ist nichts anderes als die Erscheinungsform der Disproportionalitätsverhältnisse zwischen allen Wirtschaftsfaktoren. „Jedes Faktum ist Ursache, aber vorher ist es schon Folge gewesen“ (Wissler).

§ 3. Warum ist eigentlich die theoretische Forschung der Konjunktur nötig? Weil alle Wissenschaften im letzten Grunde ein „Herrschaftswissen“ sind, so ist das Problem in der Konjunkturtheorie, folgende praktische Aufgabe zu lösen: Wie kann man den schweren Schlag der Krise vermeiden?

Es ist schon klar geworden, daß die Konjunktur „das Normale der freien, geldwirtschaftlichen, hochkapitalistischen Marktverfassung“ (Spiethoff) ist. In der kapitalistischen Wirtschaft, die das entwickelte Kreditwesen und die großartige Maschinenproduktion zu ihrer Grundlage hat und durch keine äußere oder innere Regelung gebunden ist, sich vollständig frei bewegen kann, ist nicht das Gleichgewicht, sondern die Wellenbewegung als „das Normale“ zu betrachten. Hier kann sie nicht geradlinig, sondern nur wellenförmig fortschreiten.

Aber wenn dem wirklich so ist, ist die vollkommene Ausschließung der Konjunktur nicht nur unmöglich, sondern auch unnötig. Natürlich ist es nötig, den heftigen Rückschlag, Krise genannt, zu vermeiden. Aber weil die Wellenbewegung eine notwendige Erscheinungsform der wirtschaftlichen Entwicklung ist, ist der Umschwung vom Aufgang zum Niedergang insoweit nicht nur unumgänglich, sondern auch unnötig zu vermeiden insofern, als die wirtschaftliche Entwicklung notwendig und wünschenswert ist.

§ 4. Was versteht man nun unter Beherrschung der Konjunktur? Sie ist nicht die Austilgung der Konjunktur, sondern nur die „Schwächung der Wellen“ oder genauer, „innerhalb der wirtschaftlichen Wechsellagen alle Fehlbewegungen zu beseitigen, die dazu führen, daß die Wirtschaft ihr ökonomisches Optimum nicht erreicht“ (A. Müller). Die Konjunktur mag frei schalten; dabei entstehen nur einige größere oder kleinere Schädigungen. Aber wenn es möglich ist, ist es besser, diese Schädigungen zu verringern. Darum, und zwar nur darum ist es nötig, den Grad der Wellen zu schwächen.

§ 5. Wie jede Konjunkturtheorie als Dynamik die statische Gleichgewichtstheorie nicht aufgegeben hat, so hat auch die Konjunkturpolitik das Prinzip des laissez faire nicht aufgegeben. Dieses Prinzip ist im Grunde beibehalten. Deshalb führt die Wirtschaft die konjunkturpolitischen Maßnahmen selbst aus. Zum Beispiel die Diskontopolitik der Zentralbank, das Absatzmarkt- oder das Preisabkommen der monopolistischen Körperschaften wie Kartelle und Truste.

Aber die Wirtschaft besitzt schon den Staat als ihre Antithese. Natürlich ist dieser Staat der Rechtsstaat, der nur eine passive Auf-

gabe hat, die Bedingungen der freien Konkurrenz zu bestimmen und zu erhalten, damit diese Konkurrenz gerecht ausgeführt werde. Wenn aber die Konjunkturpolitik der Wirtschaft selbst nicht befriedigend ist, fordert sie nun die positive Einwirkung des Staates gegen sich selbst. So beginnt denn der Übergang vom Rechtsstaat zum politischen Staat.

III. Die chronische Depression und der politische Staat

I.

§ 1. Nach dem Wendepunkt des ersten Weltkriegs ist die zyklische Wellenbewegung der Wirtschaft sozusagen verschwunden. Da die Konjunkturwelle der Inbegriff aller disproportional wechselwirkenden Wirtschaftsfaktoren ist, so ist ihr Verschwinden dadurch notwendig geworden, daß jeder Faktor der Wirtschaft durch die aus ihrem Inneren oder vom Staat äußerlich eingreifende Konjunkturpolitik seine Starrheit vergrößert hat. Aber inzwischen ist die noch größere Wandlung fortgeschritten. Die Wirtschaftsentwicklung überhaupt, deren Erscheinungsform eben die Konjunktur ist, ist immer langsamer geworden.

§ 2. Diese Veränderung der wirtschaftlichen Substanz ist erst durch die große Weltwirtschaftskrise nach 1929 klar bewußt geworden. Sie hat gelehrt, daß die „eternal prosperity“ oder „prosperity for all“ unmöglich ist, aber noch darüber hinaus, daß diese Krise nicht quantitativ, sondern qualitativ anders als die Krise vor dem ersten Weltkrieg war. Sie war so tief in ihrem Grade, so weit in ihrem Wirkungsbereich und so lang in ihrer Dauerhaftigkeit. Die Wirtschaft hat nicht nur ihre Wellenbewegung, sondern auch ihre Prosperität verloren. Aber wieso?

Die Ursache bestand nicht im Mangel an Rohstoffen oder Produktionseinrichtungen. Beide waren vielmehr im Überfluß da. Allgemein gesprochen, es gab in irgendeinem Teil des Produktionsmechanismus oder in dessen Zusammenhang nichts, das für die Ursache der Krise gehalten wurde. Deshalb konnte man nicht umhin, sie im Mangel der Nachfrage zu suchen. Um als ein Beispiel die Vereinigten Staaten anzuführen, so hatte sich das Volkseinkommen bis zum Jahre 1929 sehr rasch vermehrt, aber das der höheren Einkommensklassen unverhältnismäßig rasch. Und da solcherweise der ersparte Teil des Volkseinkommens immer größer, der verbrauchte Teil immer kleiner und demnach die Nachfrage nach Verbrauchsgütern unzulänglicher geworden war, hatte sich ein Zustand der „poverty in plenty“ gebildet, worin trotz des reichlichen Vorhandenseins der Produktionskräfte dieselben nicht genügend benutzt werden.

Auf Grund dieser Erkenntnis begann die „New Deal“-Politik von 1933. Deren Ziel war, die Massenkaukraft für Konsumtionsgüter zu erhöhen. Aber die schwere Krise von 1937 hat gezeigt, daß diese Politik keinen hinreichenden Erfolg haben konnte und deshalb die obengenannte Erkenntnis fehlerhaft ist.

§ 3. Nach den bisherigen Konjunkturtheorien liegen in der Depression die Ursachen der Hochkonjunktur und in der Hochkonjunktur die der Depression. Infolgedessen bewegt sich die Konjunktur wellenförmig. Die chronische Depression ist nicht denkbar. Was ist das Wesen dieser chronischen Depression? Die „general theory“ von Keynes hat ein Fundament der Erklärung geschaffen.

II.

§ 1. Nach der klassischen Schule erzeugt die Produktion ihren eigenen Absatz. Wenn eine bestimmte Produktion einmal ausgeführt wird, so erzeugt sie notwendig das ihr entsprechende Einkommen, und die aus diesem entspringende Nachfrage kauft alle Produkte an. Also kann kein Mangel an Nachfrage oder des Absatzes bestehen (die „*théorie des débouchés*“ von Say).

Warum hat aber die Wirklichkeit diese Theorie der Absatzwege verraten? Mit der Produktions- und demnach der Einkommensvermehrung schreitet natürlich die Vergrößerung des Verbrauchs fort, doch die Vermehrungsrate des Verbrauchs ist gewöhnlich niedriger als die des Einkommens. Um dieser „*propensity to consume*“ willen vermehrt sich der Verbrauch nicht so stark wie die Produktion und das Einkommen. Bis jetzt hat diese Tatsache allein eine allgemeine Aufmerksamkeit erregt.

§ 2. Aber die Tatsache der abnehmenden Konsumtionsrate bedeutet auf ihrer Kehrseite die der zunehmenden Ersparnisse. Wenn also diese Ersparnis gänzlich investiert würde und deshalb durch die Nachfrage nach den Investitionsgütern den Mangel der Nachfrage nach Konsumtionsgütern ergänzte, so würde keine Störung in Erscheinung treten. In einem umgekehrt proportionalen Tempo zur Senkung der Konsumtionsrate erhöhte sich doch die Investitionsrate und demnach wäre die totale Nachfrage weder zu hoch noch zu niedrig. Nach der klassischen Schule werden auch in diesem Falle alle Ersparnisse durch das Mittel des Zinssatzes sämtlich investiert, und demnach kann es kein Einkommen geben, welches erspart, aber nicht investiert wird.

Aber hier ist eben eine übersehene Frage. Die Investition und die Ersparnis sind zwei ganz verschiedene Sachen. Die Investition hat kein unmittelbares Verhältnis zu dem Einkommen oder der Ersparnis als dessen Teil. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit sind der Sparer, der

das Geld nicht konsumiert, sondern erhält, und der Investor gewöhnlich ganz verschiedene Personen. Der Investor muß also das Geld vom Sparer leihen. Weil der Sparer es aber trotz der Ertraglosigkeit in der Form des Bargeldes zu erhalten wünscht, kurz gesagt, eine „liquidity preference“ hat, muß man ihm einen angemessenen Ersatz geben, um das Geld ihm zu entziehen. Gerade dieser Ersatz ist der Zins. Wenn eine Hoffnung besteht, daß man einen Ertrag über diesen Zins bekommen kann, nur dann wird die Investition vorgenommen. Genauer gesagt, die Überschreitung der erwarteten Ertragsrate des Kapitals, nämlich der „marginal efficiency of capital“, über den Zinsfuß jener Zeit ist die Voraussetzung der Investition. Weil aber der Zinsfuß vom Liquiditätsvorzug bestimmt wird und deshalb verhältnismäßig stabil ist, kann die Investition nur dann erfolgen, wenn der erwartete Ertrag sich erhöht. Je fortgeschrittener aber mit der wirtschaftlichen Entwicklung die Kapitalakkumulation ist, desto mehr werden die Kapitalgüter und deshalb muß die Ertragerwartung trotz oder richtiger wegen der Vermehrung des Produktes absinken.

Wenn auf diese Weise die Ertragerwartung fällt und demnach die Investitionstätigkeit matt wird, entsteht selbstverständlich ein Mangel an Investitionsnachfrage. Andererseits hat die Konsumtionsnachfrage, wie schon gesagt, eine abnehmende Tendenz. Also ist letzten Endes der Mangel an „effective demand“ notwendig und deshalb sind die Produktionskräfte trotz ihres hinlänglichen Daseins nur insoweit tätig, als die wirksame Nachfrage es erfordert. Nicht die Quantität der Produktionskräfte, sondern die der wirksamen Nachfrage bestimmt das wirkliche Produktionsniveau. Hier entsteht also ein Zustand der „under-employment“, welcher nicht ein sich durch die Ausgleichsfunktion der Wirtschaft von selbst auflösender, vorläufiger Zustand, wie die Konjunkturtheorie dachte, sondern ein regelmäßiger, beständiger Zustand ist. Die chronischen Depressionen sind keine anderen Erscheinungen als die dieser Unterbeschäftigungen.

§ 3. Auf diese Weise ist die Weltwirtschaftskrise nach 1929 oder, noch allgemeiner gesagt, die chronische Depression der Weltwirtschaft danach bis auf die Gegenwart erklärt. Da in der überreifen kapitalistischen Wirtschaft das Volkseinkommen auf einem höheren Niveau liegt, befindet sich die Konsumtionsrate auf niedrigerem Niveau und infolgedessen mangelt die Konsumtionsnachfrage. Und weil noch darüber hinaus die Ertragerwartung infolge der hohen Kapitalakkumulation niedrig ist, mangelt es auch an der Investitionsnachfrage. Also ist der Mangel an wirksamer Nachfrage und demnach der Stillstand der Produktionskräfte eine Notwendigkeit.

§ 4. Die Wirtschaft, welche die Produktionskräfte trotz ihres Überflusses nicht in Tätigkeit setzen kann, ist nicht „ökonomisch“.

Gibt es dagegen kein Rettungsmittel? Die Vermehrung der wirksamen Nachfrage ist das einzige. Aber weil die Konsumtionsneigung der Gesellschaft in einer bestimmten Entwicklungsstufe der Wirtschaft ungefähr stabil und infolgedessen die Erhöhung der Konsumtionsnachfrage unmöglich ist, so ist es unumgänglich, die neue Investition fortwährend von außen her hineinzubringen.

Auf solche Weise hat die Wirtschaft, die ehemals wegen ihres Fortbestehens die Milderung der wirtschaftlichen Wellenbewegung forderte, ganz im Gegenteil sich selbst zu beleben. Die fortwährende Eingießung der neuen Investition ist das Verfahren. Es ist aber unmöglich, dieses Verfahren innerhalb der Wirtschaft auszuführen. Die Rettung muß von außen her, also vom Staat her kommen. „Alle Nationalökonomien, die sich für die Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung besonders zu interessieren angefangen haben, zeigen schon eine Meinungsübereinstimmung darin, daß die kapitalistische Wirtschaft auf einer bestimmten Stufe eine Tendenz zur Vitalitätslosigkeit zeigt und daß die graduelle Erhöhung der Unterbeschäftigung ein Symptom der Altersschwäche der kapitalistischen Wirtschaft ist“ (Higgins), und noch darüber hinaus, „darin, daß die Intervention der Regierung notwendig ist, wenn die privaten Unternehmungen nicht ein hohes Beschäftigungs- und vernünftig hohes Lebensniveau bieten können“ (Harris).

Also hat die Wirtschaft angefangen, um ihres eigenen Fortbestehens willen positive Einwirkungen des Staates zu fordern. Ja, noch darüber hinaus, sie betrachtet diese sogar als ein notwendiges Erfordernis, was eine entscheidende Wandlung ist.

III.

§ 1. Das, was die Wirtschaft für ihr Bestehen erfordert, ist vorerst das Recht, dessen Ziel das Glattmachen der freien Konkurrenz in der wirtschaftlichen Gesellschaft ist. In der Tat, wenn der die Wirtschaft beherrschende Logos der des Gleichgewichts allein wäre, so könnte es für den Staat genug sein, das Recht einzusetzen und zu erhalten. Ja, noch weiter, da das Recht durch die Einigung aller eingesetzt ist und eben deshalb dessen Übertretung prinzipiell nur aus dem zufälligen Anlaß, zum Beispiel dem Vergehen, vorkommen könne, so kann man sogar sagen, daß nur die Gesetzgebung allein notwendig und darüber hinaus nichts nötig sei. Wo wäre der notwendige Seinsgrund der Verwaltung?

§ 2. Inwieweit man von der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Gleichgewichts unerschütterlich überzeugt ist, kann man den notwendigen Grund der Politik nirgends als in der Zufälligkeit der wirtschaft-

lichen Wirklichkeit sehen. Hegel hat die Notwendigkeit der Politik in den im „System der Bedürfnisse“ zurückgebliebenen Zufälligkeiten gesucht. Zuerst, angenommen, daß irgendein Ereignis, zum Beispiel Krieg oder Mißernte, das Gleichgewicht stört. Wenn man es auch frei gehen ließe, muß das Gleichgewicht sicher zurückkommen. Aber es ist wünschenswert, daß die Verwirrung möglichst schnell und leicht vorübergeht. Gerade dafür ist die Wirtschaftspolitik nötig. Dann soll jedes Individuum, um in einer Wirtschaftsgesellschaft zu leben, mit seiner eigenen gewissen Produktionskraft am System der sozialen Produktion teilnehmen. Wenn er aber von irgendeiner zufälligen Ursache, zum Beispiel Krankheit, Verletzung, angeborener Verkrüppelung und so weiter, das „besondere Vermögen“ nicht hat, so kann er an dem „allgemeinen Vermögen“ nicht teilnehmen und folglich kaum existieren. Und insoweit, rein ökonomisch gesehen, ist dies sicherlich rational. Aber von noch höherem Standpunkt aus betrachtet, ist es nicht gestattet. So ist die Überwindung der Zufälligkeiten erforderlich. Hier erscheint die Notwendigkeit der Sozialpolitik. Auf solche Weise fordert eben die Wirtschaft selbst die Einwirkung der Wirtschafts- und Sozialpolitik von außen her. Aber es ist falsch, den Grund der Notwendigkeit in der Zufälligkeit zu suchen. Wenn die das Gleichgewicht verwirrenden Ereignisse einer zufälligen Natur angehören, so wird die das Gleichgewicht wiederherstellende Politik auch nur zufällig benötigt.

Die Wirtschaft weicht aber, wie schon gezeigt, notwendigerweise vom Gleichgewichtsniveau ab. Im ersten Stadium war diese Abweichung eine solche, die die Disproportionalität nach der entgegengesetzten Richtung entstehen läßt, wenn die Disproportionalität bis zu einem gewissen Punkt fortgeht, also kurz gesagt, eine solche, der in sich selbst eine Tendenz des Ausgleichs innewohnt. Infolgedessen erschien die Disproportionalität als die Wellenbewegung der Wirtschaft. Diese Wellenbewegung hatte eine innerwirtschaftliche Notwendigkeit. Weil sie aber in ihrem frei gelassenen Zustand oft von heftigen Schlägen begleitet wurde, war ihre Milderung von der Wirtschaft selbst verlangt worden.

Aber im nächsten Stadium ist eine andere wirtschaftliche Abweichung allmählich in den Vordergrund getreten. Es ist zwar eine graduelle, langfristige Erscheinung, aber doch eine solche gewesen, welche mit der wirtschaftlichen Entwicklung gerade diese Entwicklung beschwert, also eine immer mehr sich erweiternde Abweichung veranlaßt. Durch diesen Widerspruch ist die hoch entwickelte Wirtschaft um so größeren Hindernissen begegnet und in Stockung geraten. Die Depression ist chronisch, die Unterbeschäftigung normal und die Arbeitslosigkeit allgemein geworden. Infolgedessen ist die

Wiederbelebung der Konjunktur, die Arbeitslosenfürsorge, ja noch mehr die Fürsorge der Wirtschaft überhaupt eine Notwendigkeit geworden. Durch eine solche innerwirtschaftliche Veränderung wird die Politik von der Wirtschaft selbst benötigt.

§ 3. Für das Bestehen der Wirtschaft hatte der Staat vorher das Recht eingesetzt und es erhalten, aber nicht die Absicht gehabt, darüber hinauszugehen. Jetzt wirkt aber der Staat positiv gegen die Wirtschaft von außen her ein. Und die Wirtschaft selbst fordert diese Einwirkung. Der Staat erscheint nun als ein gegen die Wirtschaft positiv Einwirkender. Diesen Staat nennt man den „politischen Staat“.

Der politische Staat war ursprünglich eine Staatsform des Absolutismus. Die absolutistischen Monarchen im 18. Jahrhundert in Westeuropa waren schon „enlightened despots“, deren Aufgabe die Fürsorge für den Volkswohlstand war. Die aufgeklärten Despoten stellten die ihnen treuen Beamten an und sorgten so für den Volkswohlstand. Eben diese Fürsorge war das Wesen der Politik in jener Zeit, die damals in Westeuropa „police“ oder „Polizei“ hieß. Also hat der sogenannte „Polizeistaat“ ursprünglich eine andere Bedeutung als die gegenwärtige. Die Bürokratie diente dem Monarchen, aber dieser Monarch sorgte für die Beförderung des „salus publica“, es diente also die Bürokratie letzten Endes dem Volkswohlstand. Der Polizeistaat war also auch der „Wohlfahrtsstaat“.

Aber der politische Staat, der jetzt in Frage kommt, ist der Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft, den sie selbst infolge ihrer eigenen Entwicklung fordert. Wenn die Wirtschaft sich entwickelt, dann erscheint notwendigerweise die periodische Krise und dann die chronische Depression. Deshalb fordert die Wirtschaft die politische Einwirkung des Staates, der vorher nur die Einsetzung und die Erhaltung des Rechts für seine Aufgabe hielt und nimmer darüber stehen wollte. Der politische Staat in diesem Sinne kommt jetzt in Frage.

§ 4. Das laissez faire ist sehr einfach, aber eine passende, angemessene Einwirkung ist sehr schwer. Diese benötigt weite und tiefe Fachkenntnisse von der Wirtschaft. Eben darum kann sie nicht viel vom Parlament erwarten. Das Parlament ist im letzten Grunde nichts anderes als die „assembly of amateurs“. Während also die möglichst starke Zusammendrückung des Staates die Funktion des Parlaments als des Widerscheins der bürgerlichen Gesellschaft war, genügte diese Versammlung von Laien den Anforderungen, die die bürgerliche Gesellschaft an sie stellte. Wenn aber die Einwirkung auf die Wirtschaft, besonders die Mäßigung der Konjunkturwelle oder auch die der Wiederbelebung der depressiven Wirtschaft der Inhalt der Politik wird, ist es ganz unmöglich, diese Politik Laien zu überlassen. Die bürger-

liche Gesellschaft findet infolgedessen den Träger der Politik nicht im Parlament, sondern im Beamtentum.

Die Beamten in diesem Falle sind auch nicht die des absolutistischen Zeitalters. In der geschichtlichen Wirklichkeit wurden die Beamten, die ursprünglich die Untertanen des Monarchen waren, nicht so schwach, ungeachtet, daß der Absolutismus zur bürgerlichen Gesellschaft übergegangen und der Parlamentarismus fest gesichert stand. In Deutschland, wo die politische Partei nichts anderes als die „Vereinigung der Angesehenen“ war, war die Bürokratie stolz auf ihre Macht, wie man es in Bismarcks Politik sehen kann. In den Vereinigten Staaten, wo ursprünglich der englische Parlamentarismus zum Vorbild genommen worden war, waren in Wirklichkeit die Verwaltungsbeamten, deren Spitze der Präsident war, mächtig genug, weil schon zur Zeit des Verfassungskonvents die Meinung herrschend geworden war, daß der Verwaltungskörper im Gegensatz zum gesetzgebenden Körper die unteren Klassen schützen und deshalb von diesem unabhängig sein soll. In England, also im Mutterland des Parlamentarismus, war das Kabinett „nicht ein bloßes Ausübungsorgan, welches der Mehrheitspartei diene, sondern ein mächtiges Büro, welches vielen Bedienten, die den Namen Abgeordnete trugen, befahl“. Hier hatte der Premierminister nach dem Protektorate traditionell die mächtige Befugnis und demnach bedeutete die Wahl des Parlaments in Wahrheit die Wahl des Premierministers. Auf solche Weise war die Bürokratie so mächtig, eben weil die bürgerliche Gesellschaft die Fachkenntnisse der Beamten benötigte, um das Recht für ihren weiten Bereich einzusetzen und zu erhalten.

Wie sich schon aus dem oben Gesagten erklärt, findet sich die Eigentümlichkeit des Beamtentums in seiner „Sachlichkeit“. Er ist „der Formalismus überhaupt“ oder „der formale Rationalismus“. Er denkt nur daran, das dem angewiesenen Ziel angemessene Mittelsystem geschickt herauszufinden. Aber dieses Ziel an sich kommt für ihn nicht in Frage. Eben deshalb konnten die Beamten, die ursprünglich dem Monarchen treu waren, danach dem Parlament dienen.

Je mehr aber die politische Einwirkung gegen die Wirtschaft benötigt wurde und je mehr die Notwendigkeit der Politik erhöht wurde, desto mehr vermehrte sich die Wichtigkeit der ohnehin benötigten Fachkenntnisse, also der Bürokratie. Die Politik ist als „Interessenausgleich“ definiert worden (M. Weber). Aber dieser Ausgleich sollte eigentlich in der Wirtschaft selbst automatisch durch den sogenannten Mechanismus der Selbstaussgleichung ausgeführt werden. Nun aber ist die wirtschaftliche Substanz verändert und demnach ist der Ausgleich nicht aus sich selbst, sondern von außen her nötig geworden. Erst hier tritt die Notwendigkeit der Politik in

vollem Sinne auf. Sie hat ihre Hoffnung nicht auf das Geschwätz im Parlament, sondern auf die Fachkenntnisse der Beamten gesetzt.

Nun hat sich das Kabinett, das einst der „Ausschuß des Parlaments“ war, ins „Steuerrad“ verwandelt, damit das Parlament geleitet und der Staat gesteuert wird. Der Gesetzgebungsstaat hat sich solcherweise in den „Verwaltungsstaat“ oder den „Obrigkeitsstaat“ verwandelt, worin nicht die Abgeordneten, sondern die Beamten eine größere Rolle spielen. Es besteht sogar eine Notwendigkeit der „Kabinettsdiktatur“.

§ 5. Immerhin wünschte der Parlamentarismus noch „die Verwaltung der Verwaltung“ von seiten des Parlaments. Er forderte, daß das Kabinett die Verwaltung in diejenige Richtung leiten soll, die das Parlament diktiert. Das Parlament besaß aber nicht mehr so viele Kräfte. Ihre Entartung war noch immer fortgeschritten.

Ursprünglich war das Parlament ein Widerschein der bürgerlichen Gesellschaft. Es war ein Mechanismus, durch den sie ihre *volonté générale* bildet. Infolgedessen erforderte der Parlamentarismus selbstverständlich die Erweiterung des Wahlrechts. Nicht der „*tiers-état est Etat*“, sondern die Masse soll der Staat sein. Das beschränkte Wahlrecht hat sich zum allgemeinen Wahlrecht entwickelt. Aber die hier mächtig werdende Masse ist eine bloße Menge individualitätsloser Menschen. Diese Sachlage hat die „Desintegration“ der bürgerlichen Gesellschaft aufs äußerste befördert. Trotzdem kann sich die Gesellschaft nicht auflösen. Sie soll also eine *volonté générale* bilden und eine einheitliche Tat ausführen. Dieses Erfordernis ist um so mehr verstärkt, als die Spannung zwischen den Staaten durch die Entwicklung des Kapitalismus (Imperialismus) sich verstärkt hat und die Gefahr des Krieges entstanden ist. Sie konnte nicht mehr umhin, eine bürgerliche Gesellschaft zu bleiben.

Wie ist aber die Einigung des „Massenstaates“ möglich? Eine Antwort darauf ist in der „politischen Reife“ (M. Weber) gesucht worden. Wenn diese politische Reife aber unvermeidlich die Stellungnahme des *citoyen* im Gegensatz zu der des *bourgeois* bedeutet, ist sie schon nichts anderes als die Verneinung des Prinzips der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt. Wenn der Massenstaat sich dennoch nicht umwandelt und in seinem Stadium verharret, ist seine Einigung um so unumgänglicher durch das „Prinzip der kleinen Zahl“ auszuführen, als die Masse zahlreicher und zerstreuter ist. Aus diesem Grunde erscheint im Parlament die Einführung des Schlusses der Debatte (*closure*) als einer „guillotiniierenden“ Bestimmung im Gegensatz zum unbeschränkten Debattierungsrecht aller Abgeordneten und die Einführung des ständigen Komitees im Gegensatz zur Sitzung sämtlicher Komiteemitglieder in der Partei die oligarchische Herrschaft der

wenigen Führenden. Auf solche Weise ist die verantwortliche Politik, bevor sie im Parlament diskutiert wird, schon von den Führenden der Regierung und der Parteien bestimmt worden.

Was für eine Bedeutung hat denn das Parlament in einer solchen Sachlage? Es kann nur ein Mechanismus sein, eine anderswo schon bestimmte Politik von einem an sich Seienden zu einem für sich Seienden zu erhöhen. Im Massenstaat ist es unmöglich, das „cäsarische“ Element zu beseitigen. Notwendig tritt hier ein „δημαγωγός“ im eigentlichen Sinne auf. Deshalb ist der Präsident der Vereinigten Staaten nichts anderes als ein durch das Volk gewählter Kaiser. Und in der Tat, ohne diese Sachlage wäre die New Deal-Politik sicherlich erfolglos gewesen.

§ 6. Auf solche Weise kann der politische Staat letzten Endes nicht umhin, die individualistische Demokratie zu verneinen, welche nichts mehr als die der bürgerlichen Gesellschaft entsprechende politische Form ist. Wenn das Parlament auch noch formell fortbesteht, so ist es schon inhaltlich verneint. Der politische Staat wird notwendig in den Absolutismus oder in die Diktatur umgewandelt. Das Parlament verneinte einmal sich selbst eben durch das parlamentarische Mittel (Nationalrevolution der Nazi).

IV.

§ 1. Die bürgerliche Gesellschaft hat für ihr eigenes Bestehen außerhalb ihrer selbst einen gegen sie einwirkenden politischen Staat gefordert. Also ist dieser politische Staat zwar das, was sie selbst zu ihrem Vorteil gefordert hat, er ist aber dennoch eine zu ihr im Gegensatz stehende „äußere Notwendigkeit“. Er wirkt notwendigerweise gegen die bürgerliche Gesellschaft als ein „Machtstaat“ absolutistisch ein.

Aber dieser Zustand kann nicht fortdauern. Ein Problem tritt also mit Notwendigkeit auf: Wie ist es möglich, die bürgerliche Freiheit und die nationale Einheit oder die wirtschaftliche Freiheit und die politische Einheit in eine innere Verbindung zu bringen? Mit anderen Worten, auf welche Weise sind das Besondere und das Allgemeine oder das Einzelne und das Ganze aus ihrem Gegensatz zur inneren Einheit zu bringen?

§ 2. Aber in Wahrheit spiegelte sich dieses Problem früher schon in der Entstehungszeit der bürgerlichen Gesellschaft in einem eminenten Kopf wider und fand eine Antwort in ihm. Zu seiner Zeit hat in Deutschland die Feststellung der Verfassung durch den aufgeklärten Monarchen angefangen. Die preußische Reform von Stein und Har-

denberg hat einen besonders großen Einfluß ausgeübt. Die bürgerliche Freiheit ist in weitem Umfang anerkannt worden. Aber die bürgerliche Gesellschaft in England geht zu weit nach der subjektiven Freiheit aller Individuen. Die alten monarchischen Staaten in Deutschland gehen demgegenüber zu weit nach der politischen Einheit durch die Macht. Die individuelle Freiheit und die staatliche Einheit sollen sich in einem geeigneten Punkte ausgleichen. Zwei gegensätzliche Prinzipien sollen zur „Versöhnung“ gebracht werden.

„Was wirklich ist, das ist vernünftig“. Die bürgerliche Gesellschaft ist als eine notwendige Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung aufgetreten. Also ist die bürgerliche Freiheit als ihr Prinzip „vernünftig“ und infolgedessen ist es letzten Endes unmöglich, sie fortwährend zu unterdrücken. Sie soll ein Aufbauteil der Staatsgestaltung sein. Nur ein sie vollständig anerkennender Staat kann lebendig und demnach gedeihend sein. Aber andererseits war auch die despotische Monarchie eine der bürgerlichen Gesellschaft vorhergehende Stufe der geschichtlichen Entwicklung. Also ist die politische Einheit unter der Staatsgewalt auch vernünftig und notwendig. Der wahre Staat soll diese auch als ein Moment seiner Gestaltung haben. Die bürgerliche Gesellschaft und der politische Staat stehen nun aber gegensätzlich zueinander. Jene behauptete ihre Freiheit gegen den politischen Staat. Aber dieser verwirklicht seine Einheit durch die mächtige Einwirkung von oben. Wenn sie dennoch auf solche Weise die Höhe des Gegensatzes erreichen, so überlegen sie es sich noch einmal und kommen zu der Überzeugung, daß sie beide getrennt nicht existieren können. Die bürgerliche Gesellschaft erfordert für die Erhaltung ihrer Ordnung und die Förderung des Wohlstandes unumgänglich das Recht, die Wirtschafts- und Sozialpolitik des politischen Staates, und der politische Staat wiederum benötigt für seine machtvolle Entwicklung das wirtschaftliche Gedeihen der bürgerlichen Gesellschaft. Also gestattet einerseits jene diesem dessen Einwirkung von oben und andererseits billigt dieser jener die Freiheit von unten zu. Die beiden benötigen einander als ihre Gegensätze. Auf solche Weise ruhen sie in der „Einheit der Gegensätze“. Gerade diese Einheit der Gegensätze ist die konstitutionelle Monarchie.

Die konstitutionelle Regierung übt natürlich verschiedene Maßnahmen aus, um die bürgerliche Freiheit und die politische Einheit zur Versöhnung zu bringen. Zum Beispiel die Funktionsteilung zwischen dem Parlament und der Verwaltungsbehörde, die Selbstverwaltung aller in der bürgerlichen Gesellschaft von selbst entstandenen Wirtschaftsvereinigungen und so weiter. Aber das, was die äußere Notwendigkeit in die innere Freiheit umwandelt, ist vor allem das System der Zucht, das heißt die Nationalerziehung.

§ 3. Die Nationalerziehung ist auch spezifisch deutsch. Sie war ein deutscher Gegenschlag gegen den rationalistischen Aufklärungsgedanken in England. Die Entwicklung von der Urgemeinschaft, worin der Gemeingeist an sich bestand, zur bürgerlichen Gesellschaft, die auf dem Vertrag zwischen den Individuen beruht, ist zwar notwendig, aber zugleich in Gefahr, in sich zusammenzubrechen. Die Entwicklung soll noch darüber hinaus bis zur Wiederherstellung der Gemeinschaft durch die „freie Hingabe“ fortschreiten. Gerade hier in dieser Gemeinschaft durch die freie Hingabe befindet sich das Ideal des menschlichen Zusammenlebens. Dieser eigentümlich deutsche Gedanke ist wohl richtig. Aber die freie Hingabe (Gemeinschaft durch Freiheit oder Idee der Sittlichkeit) kann nicht ohne Bedingungen auftreten.

§ 4. Die Erziehung ist notwendig, aber nicht genügend. Die Idee der Sittlichkeit ist wohl die höchste Wahrheit des menschlichen Zusammenlebens. Aber um den Gemeingeist durch den subjektiven Willen hindurch festzustellen, wird „das Zutrauen, daß der Staat bestehen müsse und in ihm nur das besondere Interesse könne zu Stande kommen“ (Hegel), benötigt. Und eben darum ist die Erziehung erforderlich. Dennoch kann man trotz dieser Erziehung nicht auf jeden Staat sein Zutrauen setzen. Genügt die konstitutionelle Monarchie, den wirtschaftlichen Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft aufzuheben? Ist dem nicht so, kann sie trotz jeder Erziehung nicht fortbestehen. Aus diesem Grunde tritt der Marxismus notwendigerweise in Erscheinung.

IV. Marxismus und Leninismus

I.

§ 1. Marx ging von der „kritischen Revision“ der Hegelschen Staatsphilosophie aus. Diese Staatsphilosophie erklärt die konstitutionelle Monarchie Preußens als das vernünftigste Staatswesen. Also kann man durch ihre Kritik und die Auffindung ihres Fehlers den preußischen Staat schlechthin kritisieren und dessen Fehler herausfinden. Deshalb wählte Marx hier seinen Ausgangspunkt.

§ 2. Marx' Hegelkritik war sehr einfach und klar. Sie lautet: in Wirklichkeit ist die Sache nicht so gut. „Hegel ist nicht zu tadeln, weil er das Wesen des modernen Staats schildert, wie es ist, sondern weil er das, was ist, für das Wesen des Staats ausgibt“. Hegel erkannte wohl die Trennung oder den Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Staates, faßte aber diesen Gegensatz in der Erscheinung als die Einheit in der Idee auf. Nach ihm ist der

Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Staates letzten Endes die Einheit in der Idee der Sittlichkeit, da die Idee nur in der Differenz in Erscheinung treten könnte. Die bürgerliche Gesellschaft und der politische Staat wären nichts anderes als die entzweiten Erscheinungen einer eigentlich einheitlichen Idee, das heißt der Idee der Sittlichkeit, deren konkrete Form eben die konstitutionelle Monarchie ist.

Marx sah gerade hier den auf den Kopf gestellten Hegel. Der Widerspruch in der Erscheinung ist gerade der wesentliche, den man nicht mehr in den anderen zurückführen kann. Er ist das Entweder-Oder. Also kommt es zu keinem Ende, wenn nicht irgendeiner der beiden vernichtet wird. Der „unversöhnliche Widerspruch“ im Gegensatz zur „Einheit der Gegensätze“, — hier liegt der Kernpunkt des Unterschieds zwischen der Marxschen und Hegelschen Dialektik.

§ 3. Das Verhältnis der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Staates ist nicht die Einheit der Gegensätze, sondern der unversöhnliche Widerspruch. Deshalb kann die konstitutionelle Monarchie als ein „Mittelding“ nicht fortbestehen. Der Kampf muß also bis dahin fort dauern, wo einer der beiden völlig besiegt wird. Wer nun aber siegt? Natürlich ist die bürgerliche Gesellschaft der Sieger. Sie stürzt letzten Endes den politischen Staat. Dann verschwindet der politische Staat und es bleibt die bürgerliche Gesellschaft übrig. Kann aber diese bürgerliche Gesellschaft als ein harmonisches Gebilde fortbestehen? So richtete Marx denn seine Aufmerksamkeit auf die bürgerliche Gesellschaft selbst, die er am Anfang auf den Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft und des politischen Staates gerichtet hatte. Er fand nun in dieser selbst den unversöhnlichen Widerspruch der Bourgeoisie und des Proletariats und behauptete, daß die bürgerliche Gesellschaft durch den Todeskampf der proletarischen Klasse gegen die Bourgeoisie zusammenbreche.

§ 6. Aber wieso? Insoweit die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft die Wirtschaft ist, muß die Theorie der Wirtschaft den Schlüssel zur Lösung dieser Frage liefern. Infolgedessen beabsichtigte Marx durch die Kritik der politischen Ökonomie der klassischen Schule, welche in der bürgerlichen Gesellschaft das Gleichgewicht sieht, die bürgerliche Gesellschaft überhaupt zu kritisieren. Er erkannte einerseits, wie die klassische Schule, an, daß die Arbeit allein den Wert erzeugt, aber andererseits begrenzte er diese Arbeit auf die, die im Verhältnis des unversöhnlichen Widerspruchs gegen das Kapital steht. Solche Arbeit erzeugt den Wert, also auch den dem Kapitalisten zugerechneten „Mehrwert“. Sie werde solcherweise von diesen ausgebeutet.

II.

§ 1. Der Kernpunkt des Marxismus liegt nun ohne Zweifel darin, daß er in der geschichtlichen Entwicklung den Logos nicht der Einheit der Gegensätze, sondern des unversöhnlichen Widerspruchs sieht. In bezug auf die bürgerliche Gesellschaft (oder den Kapitalismus) gesagt: durch den schonungslosen Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie stürzt sie notwendigerweise um. Diese Auffassung ist das Wesen des Marxismus.

§ 2. Wie allgemein bekannt, die Eigentümlichkeit der Dialektik besteht in „Aufhebung“, also darin, daß die Gegensätze durch die Verneinung (also die Entwicklung) in ihre höhere Stufe übergehen, aber darin aufbewahrt werden. Wenn also Marx behauptet, daß das Proletariat die Bourgeoisie vollständig ausmerze, oder allgemeiner gesagt, daß der Widerspruch nur dann ende, wenn das eine von dem anderen vollkommen ausgelöscht werde, wo in seiner Behauptung könnte man die Dialektik finden? Hier ist doch nur die rücksichtslose Verneinung, die unnachgiebige Vernichtung dargelegt. Wie ist dieser Punkt zu erklären?

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.“ Hegel legte die Geschichte nachher aus. Von diesem Standpunkt der Geschichtsauslegung ist alles Vergangene unumgänglich in der Gegenwart als ihr Gestaltungsmoment enthalten. Jedes Vergangene ist wohl vorübergegangen, also verneint worden, aber nicht völlig verschwunden. Es lebt in irgendeinem Sinne in der Gegenwart weiter. Das Vergangene, das man nicht wieder erfahren will, ist in der Gegenwart, insoweit das Bewußtsein dauert, daß man es nicht wieder erfahren will, als ein solches Bewußtsein, ja, noch mehr, als eine Möglichkeit von dessen Wiederholung. Auf diese Weise kann man nicht umhin, die Richtigkeit der Hegelschen Dialektik anzuerkennen, wenn man auf dem Standpunkt der nachherigen Interpretation der Geschichte steht.

Wenn man dagegen auf dem Standpunkt der geschichtlichen Praxis steht, verhält es sich ganz anders. Man darf nicht vorher bedenken, daß das Verneinte immer nach der Verneinung (Revolution) in einer anderen Gestalt zurückbleibt, weil dieses Bedenken den Umwälzungswillen erschüttert und schwächt. Bei der Revolution ist vor allem der Wille der vollkommenen Austilgung des Feindes erforderlich. Blickt man aber nach der Revolution einmal auf die Vergangenheit zurück, dann versteht man sicherlich, daß alles Vergangene in anderen Gestalten zurückgeblieben ist. Im Falle der nachherigen Interpretation der Geschichte ist die Hegelsche Dialektik immer anwendbar. Aber daraus entsteht keine geschichtliche Praxis. Sie ist nur

durch rücksichtslose Negation möglich. Aus solchem Grunde hat der Marxismus die Zögerung und Bedenklichkeit als Kleinbürgertum oder Achselträgerei verworfen. In diesem Sinne ist die materialistische Dialektik ohne Zweifel die Ideologie des proletarischen Ressentiments.

§ 3. Dennoch kann die Revolution nicht bloße Zerstörung, nicht Negation schlechthin sein. Sie ist der Aufbau durch die Zerstörung hindurch. Nur solche Revolution kann eine historische Bedeutung haben. Aber wenn es in der Tat so ist, ist der Marxismus nicht imstande, eine wahre Theorie der Revolution zu sein. Eben dies lehrte der Leninismus, obgleich er sich selbst als eine „Entwicklung des Marxismus“ ausgibt.

III.

§ 1. Eine Revolution war unter dem Banner des Marxismus mit Erfolg in Rußland durchgeführt worden. In Rußland hatte die marxistische Revolutionsbewegung mit ihrer Unterscheidung gegen den „Narodničestvo“ angefangen. Bis zur Mitte der 1870er Jahre war der Kampf gegen das Zarentum politisch von Seiten der Narodniken fortgeschritten, und der Kampf gegen die Kapitalisten wirtschaftlich von Seiten der Arbeiter. Damals hatten sogar die damals Sozialdemokraten genannten Marxisten diese Sachlage als selbstverständlich betrachtet.

Lenin war der erste, der behauptete, daß es nicht so sein sollte. Als er eine Arbeiterbewegung unter dem Prinzip der Sozialdemokratie (also damals des Marxismus) ins Leben rief, sah er „die Aufgabe der russischen Sozialdemokratie“ in der Verbindung des politischen und des wirtschaftlichen Kampfes. Jener ziele politisch auf die Umwälzung des Zarentums und die Errichtung der Demokratie, sei aber als Angriff gegen einzelne Personen erfolglos. Dieser sei wohl als Massenbewegung erfolgreich, dennoch bleibe er stets in Schranken des wirtschaftlichen Kampfes gehalten. Die proletarische Bewegung solle der politische und zugleich wirtschaftliche Kampf sein. Die Masse dazu zu führen, sei eben die Aufgabe der Sozialdemokraten.

§ 2. Hier kann man schon zwei charakteristische Eigentümlichkeiten des Leninismus entdecken.

Als die erste: die Betonung der Aufgabe der Sozialdemokraten neben der Bewegung der proletarischen Masse. Später wurde diese Behauptung die Lehre von der Avantgarde-Partei im Gegensatz zur Lehre von der Massenpartei der westeuropäischen Sozialdemokratie.

Als die zweite: die Verbindung der demokratischen und der proletarischen Revolution als die Aufgabe der proletarischen Bewegung. Nachher wurde diese Behauptung die Lehre von der Zwei-Stufen-Revolution und die vom Ein-Staat-Sozialismus.

§ 3. Um diese zwei Eigentümlichkeiten handelte es sich dann beim Auftreten der Sozialdemokratischen Partei. Auf welche Weise ist diese „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ zu organisieren?

Erstens: unter den Sozialdemokraten war die Behauptung herrschend, daß die Sozialdemokratische Partei als Massenpartei, wie die westeuropäische, Kleinbürger, Intelligenzen, Studenten und so weiter enthalten darf. Aber Lenin stellte sich dagegen. Die Partei solle sich als die „Kommandantur der Revolutionsbewegung“, als ein ordentliches Heer von berufsmäßigen Revolutionären unter einer eisernen Disziplin bilden.

Zweitens: die Befreiung der Arbeiterklasse ist erst durch die sozialistische Revolution zu ermöglichen. Aber in Rußland ist die demokratische Revolution noch nicht vollendet, worin nach der marxistischen Doktrin die Bourgeoisie die Hauptrolle spielen soll. Also war die Meinung dominierend, daß die positive Tätigkeit der Partei nach Vollendung der demokratischen Revolution beginnen soll. Dagegen behauptete Lenin, daß die Partei, das Proletariat bei der dringenden demokratischen Revolution auch die Hauptrolle spielen sollte, ja, noch mehr, daß die Partei, wenn möglich, sogar die Eroberung der Staatsmacht planen sollte, um dadurch den Übergang zur sozialistischen Revolution zu erleichtern.

Durch diesen Meinungsgegensatz mußte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Rußland sich schon im Beginn ihrer Tätigkeit in zwei Sekten spalten: Menscheviki und Bolscheviki. Lenins Gedanke, also der Leninismus, ist während seines Streites mit den Menscheviki immer deutlicher geworden.

§ 4. Die proletarische Revolution vollendete sich gegen Ende des ersten Weltkriegs zum ersten Male. Wie soll nun der neue Staat aufgebaut werden? Die Antwort war die „proletarische Diktatur“, eine neue Staatsform im Gegensatz zu der der westeuropäischen Sozialdemokratie.

Die westeuropäische Sozialdemokratie behauptet, daß in den Staaten, in denen die Demokratie vollkommen verwirklicht ist, das Proletariat durch das Prinzip des Mehrheitsbeschlusses automatisch und friedlich die Staatsmacht erobern kann. Aber die Geschichte zeigt die Notwendigkeit der Gewaltrevolution und der proletarischen Diktatur. Während die Gefahr der Gegenrevolution der Bourgeoisie fort-dauert, soll das Proletariat unter Eroberung der Staatsgewalt sich von dieser Gefahr befreien. Aber gemäß dem Verlust ihrer Macht wird das Staatsorgan allmählich unnötig und infolgedessen wird „der Staat absterben“. Bis dahin muß der Staat unter der proletarischen Diktatur fortbestehen. Sie ist also nichts anderes als die Staatsform in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus, worin

die Revolution und die Gegenrevolution in extremer Spannung stehen und das Proletariat mit allen Kräften strebt, die Bourgeoisie auszutilgen.

§ 5. Eine noch schwierigere Aufgabe war der Aufbau der neuen Wirtschaftsverfassung, da die sozialistische Wirtschaft vollkommen unbekannt war. Dem Marxismus zufolge ist der Sozialismus nur da möglich, wo die Produktivkräfte durch den Kapitalismus genug entwickelt sind und er sich durch diese entwickelten Produktivkräfte aufbauen kann. Deshalb kann ein Staat, wie Rußland, wo der Kapitalismus noch nicht genug entwickelt ist, zwar die proletarische Revolution im politischen Sinne zustande bringen; aber zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft benötigt er die Hilfe der westeuropäischen Länder, die die hoch entwickelten Produktivkräfte besitzen. Also kann Rußland für sich allein nicht den Sozialismus aufbauen. Stalin selbst sagte einmal, daß der Aufbau des Sozialismus in Rußland infolge der technischen Rückständigkeit unmöglich sei und daß als unerläßliche Bedingung des sozialistischen Aufbaus der Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie aller oder jedenfalls der wichtigsten kapitalistischen Länder erforderlich sei.

Lenin kam jedoch noch vor seinem Tod zur festen Überzeugung von der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus durch die Kraft Rußlands allein, das heißt die Möglichkeit des Ein-Staat-Sozialismus. Bucharin und Stalin folgten ihm. Auf solche Weise ist die Möglichkeit der noch nie bekannten zweckmäßigen Planwirtschaft graduell bestätigt.

IV.

§ 1. Der Leninismus ist ohne Zweifel aus der revolutionären Bewegung in Rußland heraus geboren und besaß von Anfang an zwei Eigentümlichkeiten, die hier näher erläutert werden sollen.

Erstens: die Revolution kann durch die Kraft der proletarischen Masse allein nicht mit Erfolg durchgeführt werden. Nötig ist die Führung der wenigen ausgewählten Avantgarden. Wenn sie sich zu einer Partei bilden und dadurch das Proletariat, das an sich ein bloßer Haufen ist, geschickt organisieren und leiten, erst dann können sie die Revolution erfolgreich zu Ende führen (die Lehre von der Avantgarde-Partei). Ja, noch darüber hinaus, weil nach der Revolution immer die Gefahr der Gegenrevolution fortbesteht, soll die Partei der Avantgarde mit der eroberten Staatsgewalt die Gegenrevolution unterdrücken (die Lehre von der proletarischen Diktatur).

Zweitens: in Rußland, wo die Entwicklung des Kapitalismus noch rückständig ist, kann man nicht annehmen, daß die positive Tätigkeit des Proletariats erst nach der Durchführung der demokratischen Re-

volution von der Bourgeoisie ausgehen solle. Da die Befreiung des Proletariats erst durch die Vollendung der sozialistischen Revolution ermöglicht wird, soll das Proletariat schon bei der demokratischen Revolution die führende Rolle spielen und dadurch den schnellen Übergang zur nächsten sozialistischen Revolution vorbereiten (die Lehre von der Zwei-Stufen-Revolution). Und nachdem die sozialistische Revolution durchgeführt und die proletarische Diktatur entsteht, soll man nicht die Hilfe des Auslands in Anspruch nehmen, die schon auf der den Übergang zum Sozialismus ermöglichenden Stufe steht, sondern sofort mit aller Kraft des eigenen Staates den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft erstreben (die Lehre vom Ein-Staat-Sozialismus).

§ 2. Diese Behauptungen können nicht unberücksichtigt bleiben. Natürlich begünstigten viele besondere Umstände die russische Revolution. Trotzdem bestätigt sie doch die Tatsache des Gelingens der Revolution. Infolgedessen handelt es sich nicht darum, ob sie richtig sind oder nicht, sondern darum, welche Basis ihnen zugrunde liegt.

Erstens: warum kann die Revolution durch die Kraft der proletarischen Masse allein nicht durchgeführt werden? Sie hat wohl mächtige revolutionäre Energie, aber das ist auch alles. Also kann diese Energie zwar in Gestalt des Aufruhrs ausbrechen, aber nicht darüber hinausgehen. Die Revolutionsbewegung soll unter einem bestimmten Programm durchgeführt werden, welches als Idee anders woher genommen werden muß. Also wird die mächtige Energie der Masse erst unter der Führung der Idee vom Aufruhr zur Revolution erhöht. Der nach der Revolution kommende Aufbau ist nur darunter möglich.

Zweitens: Lenin bestimmte die damals so dringende Revolution in Rußland als die demokratische Revolution. Aber er behauptete zugleich, daß schon bei dieser Revolution nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat die Hegemonie ergreifen und dadurch die vorbereitenden Sachlagen zur sozialistischen Revolution herstellen soll. Wie ist dies möglich? Rußland war in der Entwicklung des Kapitalismus sehr rückständig. Das Bewußtsein des Proletariats befand sich mit Ausnahme weniger Eliten auf sehr niedrigem Niveau. Wenn der Geist nichts anderes als der Widerschein der Materie wäre, könnte man keinen solchen Plan entwerfen. Das Programm war kein bloßer Widerschein der materiellen oder wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl Rußlands als auch der westeuropäischen Länder. Es war eine neue Idee, genauer, ideelle Vorausnahme nicht der bloßen Negation, sondern der Negation der Negation.

In diesen zwei Punkten ist der Leninismus in Wirklichkeit die Verneinung des Marxismus. Der Logos der bürgerlichen Gesellschaft ist ohne Zweifel, wie am Anfang gezeigt, materialistisch. In ihr ist die

Wirtschaft dominierend. In diesem Punkte ist der Marxismus wohl richtig. Aber gerade infolge dieser Logik wird die bürgerliche Gesellschaft notwendigerweise in ihre Negation übergehen. Und zwar muß diese Negation zugleich die des Logos der bürgerlichen Gesellschaft sein, da er nichts anderes als der des Seins ist. Der materialistische Logos der bürgerlichen Gesellschaft wandelt sich in seine Negation um. Sobald der Marxismus von der Theorie in die Praxis übertragen wird, also wirklich die bürgerliche Gesellschaft verneinen will, muß er seinen einseitigen Materialismus aufgeben. Der Leninismus als die Praxis des Marxismus bestätigt — natürlich unbewußt — dies.

V. Ausblick

I.

§ 1. Einfache Negation ist Zerstörung. Der wahre Standpunkt der geschichtlichen Praxis soll die ideelle Vorausnahme und deren Verwirklichung der Negation der Negation sein. Erst dann kann die Praxis nicht Zerstörung, sondern Aufbau sein.

§ 2. Trotzdem lag der Fall beim Marxismus ganz anders. Er tadelt vielmehr diese Vorausnahme, weil sie den revolutionären Willen schwäche. Wenn man sich darum Sorge, ob die bloße Negation der Gegenwart nicht zu deren Zerstörung führe, und vor der Tat zögere, falle man schon in Kleinbürgerei oder in Opportunismus. Der Kommunismus will immer der Widerschein des proletarischen Bewußtseins sein, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in allen Fällen unerträglich aussehen.

Noch dazu ist der Marxismus stolz auf diesen Standpunkt der ausschließlichen Negation als „wissenschaftlich“. Der Sozialismus habe sich „von der Utopie zur Wissenschaft“ entwickelt. Der utopische Sozialismus habe zuerst eine ideale Gesellschaft entworfen und dann die Brücke von der Wirklichkeit zu diesem Ideal ausgedacht. Worin findet sich aber in diesem Falle die Bestätigung der Notwendigkeit dieses Übergangs? Wie schön auch das Ideal ausgemalt sei, so könne man doch in den gegenwärtigen Verhältnissen keine Bedingung zu dessen Verwirklichung finden. Ganz im Gegenteil gehe der wissenschaftliche Sozialismus von der gegenwärtigen Wirklichkeit aus. Die Wirklichkeit habe immer einen Widerspruch in sich. Durch diesen Widerspruch gehe sie notwendigerweise in ihre Negation über. In diesem Falle sei der Übergang kausal, deshalb als notwendig erklärt.

Die Theorie, die die „eiserne Notwendigkeit“ des Zusammenbruchs des Kapitalismus erklärt, erregt notwendigerweise den eisernen Willen

zur Umwälzung des Kapitalismus und infolgedessen setzt dessen Zusammenbruch in Wirklichkeit ein. Dann bestätigt diese Tatsache des Zusammenbruchs im Gegenteil die Wahrheit der Theorie. Hier im Marxismus findet sich eine solche Einheit von Theorie und Praxis.

Marx stand auf solchem „wissenschaftlichen“ Standpunkt und hielt darum fest an der bloßen Analysierung oder Enthüllung des Widerspruchs der bürgerlichen oder kapitalistischen Wirtschaft. Er wollte nicht darüber hinaus gehen und erläutern, wie die zukünftige kommunistische Gesellschaft gestaltet werden solle. Infolgedessen ist bei ihm die kommunistische Gesellschaft nur als eine bloße Negation der bürgerlichen Gesellschaft (also das, was nicht die bürgerliche Gesellschaft ist) gezeigt worden. Die Negation stellt nicht nur den Übergang der Staatsgewalt aus den Händen der Bourgeoisie in die des Proletariats, nicht nur die Umwandlung des Privateigentums ins Kollektiveigentum dar, sondern die prinzipielle Verneinung der modernen bürgerlichen Gesellschaft überhaupt. Die Negation ist also gründlich und erstreckt sich über ihren ganzen Bereich. Das Recht, die Wirtschaft, die Kultur und so weiter, kurz, der ganze Bereich der bürgerlichen Gesellschaft wird in ihrem Prinzip überhaupt verneint.

§ 3. Der Leninismus weicht, wie oben dargelegt, weit ab vom Marxismus. Aber er ist in einem Kernpunkt das Kind des Marxismus, das heißt im Gedanken des unversöhnlichen Widerspruchs. Infolgedessen mußte seine Verneinung des Kapitalismus eine ganz einseitige sein. Diese Einseitigkeit kann man klar im verwirrten Zustand Rußlands nach der Revolution sehen.

Erstens: warum muß der Kapitalismus in seine Negation übergehen? Der Kommunist sucht den Grund in der Verschärfung des Klassengegengesatzes. Deswegen ist die Negation selbstverständlich die Abschaffung des Klassengegengesatzes und infolgedessen die Umwandlung des Privatbesitzes in Gemeinbesitz (die Sozialisierung des Kapitals).

Zweitens: die Wirtschaft als die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft ist nichts mehr als eine bloße Wechselbeziehung der individuellen Wirtschaftstätigkeiten. Also ist sie im ganzen anarchisch und es fehlt ihr die Rationalität. Während ihr Aufbauteil, also die Unternehmungen die höchste Rationalität haben, gibt es zwischen ihnen, also in ihrem Ganzen gar keine Rationalität (von der freien Konkurrenz zur Planwirtschaft).

Drittens: in der bürgerlichen Gesellschaft ist das Individuum der Ausgangspunkt und die Gesellschaft ist dessen Folge. Deshalb ist das Individuum in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit völlig frei. In welchem Bereich und in welchem Grad es sich betätigt, ist ihm überlassen. Es gibt keine äußere Bindung. Die gesellschaftliche Wirtschaft als Ganzes

ist das bloße Ergebnis der Wechselwirkung. Deshalb bestimmt in der Planwirtschaft ganz im Gegenteil die Ganzheit alle Individuen. Was für eine, wie und in welchem Grade die Produktion von jedem Individuum auszuführen ist, bestimmt ein Zentralorgan (Norma im Gegensatz zur Initiative).

§ 4. Auf diese Weise stellt der Kommunismus als die Negation des Kapitalismus drei Prinzipien auf: Gemeinbesitz im Gegensatz zum Privatbesitz, Planwirtschaft gegenüber freier Wirtschaft und Norma im Vergleich zu Initiative. Ohne Zweifel können die wirtschaftlichen Klassen durch diese Prinzipien abgeschafft werden und demnach auch die wirtschaftliche Ungleichheit. Grundsätzlich werden alle Individuen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit entsprechend in ihrem täglichen Einkommen gesichert. Nichts stört die Verwirklichung der geometrischen Gleichheit. Könnte aber nur daher die Befreiung und demnach der Wohlstand aller kommen?

Nun muß man noch ein Problem in Betracht ziehen. Wer ist der tatsächliche Verwalter des sozialisierten Kapitals? Wer ist der Entwerfer der wirtschaftlichen Pläne? Wer ist der Diktierende des Norma? Formell und abstrakt läßt sich sagen, daß es die Politik oder der Staat ist. Wer ist aber der wirkliche Träger der Politik in der sozialistischen Gesellschaft? Die Beobachtung muß von der Wirtschaft zur Politik übergehen.

§ 5. Der Kommunismus stellt auch über die Politik die bloße Negation der bürgerlichen Gesellschaft entsprechenden auf, nämlich die proletarische Diktatur im Gegensatz zur freien oder parlamentarischen Demokratie. Leistet nun die proletarische Diktatur Gewähr für die Freiheit und den Wohlstand des Volkes?

Die Aufgabe der Diktatur ist nicht mehr, als „to dictate“ den noch nicht allgemein bewußten, dennoch notwendigen Weg der Geschichte. Infolgedessen ist in der Transformationsperiode der Geschichte die Diktatur eine Notwendigkeit. So war es sogar bei der Entwicklung der modernen Demokratie. Sie setzte die antidemokratische Erziehung insoweit fort, als sie noch keine Zuverlässigkeit besaß und bediente sich ihrer sogleich, als sie ihre Zuverlässigkeit verlor. Und dazu fehlt ihr noch jegliches Bewußtsein der Diktatur.

Aber im Kommunismus kann die Diktatur keine solche „Erziehungsdiktatur“ sein. Insoweit er auf dem dialektischen Materialismus ruht und die Entwicklung der Geschichte als eine Notwendigkeit des blinden, ideenlosen Naturprozesses sieht, kann die Anwendung von Gewalt gar keine erzieherische Bedeutung haben. Deshalb ist die proletarische Diktatur nichts mehr als eine bloße Gewaltdiktatur. Wollte sie keine solche sein, sollte sie auf den Materialismus verzichten.

§ 6. Der Proletarier und der Kommunist (oder der Genosse der kommunistischen Partei) sind nicht dasselbe. Sie sind kategorial zu unterscheiden. Dennoch hat der Marxismus den Kommunisten dem Proletarier gleichgesetzt, um die Geschichte als die des Klassenkampfes zu erklären. Aber diese Unvernünftigkeit ließ sich nicht lange verbergen. Deshalb konnte Lenin nicht umhin, sie zu unterscheiden. Unter diesem Leninismus ist in Rußland notwendigerweise die Diktatur nicht des Proletariats, sondern der Kommunisten oder, noch präziser ausgedrückt, der kommunistischen Partei aufgetreten. Hier ist solcherweise eine neue Klassendifferenzierung entstanden: das Proletariat und der Bauernstand einerseits und der Genosse der kommunistischen Partei andererseits. Sie gehören schon zu den anderen Klassen.

Gibt es trotzdem eine Demokratie oder eine Freiheit? Gewiß darf jedermann Parteigenosse werden. Aber dieselbe Möglichkeit findet sich auch im Kapitalismus, denn hier darf auch jedermann Kapitalist werden. Weil die Kommunisten immer nur auf das Interesse der Arbeiter und Bauern bedacht sind, und weil sie deshalb alle den kommunistischen Parteigenossen herzlich ergeben sind, ist ihre Ergebung spontan und demnach fühlen sie sich alle frei. Aber diese Apologie ist ein Irrtum. Handelt es sich doch hier nicht um den Menschen, sondern um die Verfassung, um das politische System. Wenn der Mensch in Frage käme, könnte man dort auch die Freiheit finden, worin der Despot eine herzliche Hingabe des Volks genießt. Der Mensch wandelt sich, die Verfassung aber steht fest. Diese feste Verfassung des Kommunismus kommt hier eben in Frage.

Unter der proletarischen Diktatur oder der Diktatur der kommunistischen Partei ist auf solche Weise in Sowjetrußland eine neue Klassenspaltung erschienen und die Genossen der kommunistischen Partei sind zu einer neuen privilegierten Klasse geworden. Hier ist die Freiheit verloren.

II.

§ 1. Die bürgerliche Gesellschaft begann mit der Befreiung des menschlichen Zusammenlebens von der feudalen Staatsregelung. In ihr befand sich also Freiheit jedes Individuums. Gibt es aber in ihr eine Einheit oder Ordnung? Als Antwort darauf ist die Nationalökonomie entwickelt worden: anfangs als unbedingte Bejahung der klassischen Schule, endlich als gründliche Verneinung des Marxismus. Die beiden Antworten sind, wie wir oben gesehen haben, einseitig. Auf der unbeschränkten Freiheit im Kapitalismus beruht keine einheitliche Ordnung, und auf der absolutistischen Ordnung des Kommunismus gibt es keine individuelle Freiheit mehr. Trotzdem sollen

die beiden Prinzipien: die individuelle Freiheit und zugleich die einheitliche Ordnung, d. h. die Ordnung durch die Freiheit bzw. die Idee der Sittlichkeit verwirklicht werden. Nur dadurch kann das wahre Zusammenleben werden.

Die wahre Erneuerung soll also nichts anderes als die dialektische Aufhebung dieser beiden Prinzipien, demnach das gleichzeitige Nebeneinanderbestehen von zwei Antipoden sein. Aber der wahre Weg führt nicht solcherweise: zuerst eine Negation, dann eine andere Negation, wie bei der russischen Revolution.

§ 3. Nicht sowohl der Überfluß der Freiheit, nicht auch der der Ordnung, sondern den mittleren Weg zu nehmen, dies ist für die gegenwärtige Weltlage von besonderer Bedeutung. Augenblicklich droht der Welt der dritte Weltkrieg und dessen Anlaß liegt ohne Zweifel in dem schroffen Gegensatz: Kapitalismus gegen Kommunismus.

Der Kapitalismus und der Kommunismus können miteinander nicht wohl zu einer Übereinstimmung kommen. Insoweit der Kommunismus seinem Wesen nach die vollständige Ausschließung des Kapitalismus erstrebt, können der Kapitalismus und der Kommunismus nicht friedlich nebeneinander bestehen. Dasselbe gilt selbstverständlich vom Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland. Wenn solcherweise die Kriegsgefahr durch den Gegensatz: Kommunismus gegen Kapitalismus immer drohendere Formen annimmt, ist der Weltfriede nicht zu erwarten, es sei denn, daß Kapitalismus und Kommunismus endlich zu einer Einheit sich realisieren. Sowohl der Kapitalismus als auch der Kommunismus haben sich einer gründlichen Wandlung zu unterziehen. Aber das erfordert zu lange Zeit. Die Kriegsgefahr ist drohend. Also muß man den Weltfrieden von dritter Seite, den neutralen Staaten erhoffen, die zwischen diesen Riesenstaaten liegen und den mittleren Weg einschlagen.

§ 4. Man kann noch nicht konkret darüber sprechen, was das kommende Bild des menschlichen Zusammenlebens ist. Aber dazu führt ein Weg. Und wenigstens über diesen Weg kann man schon bestimmt sprechen. Ihn zeigt die Logik der bürgerlichen Gesellschaft, wie wir oben gesehen haben.